

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 16927.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben gesetzte gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. Februar. (Privatelegramm.) Im Abgeordnetenhaus kam heute die Wechselvorlage zur Verhandlung. Als Redner dagegen sind gemeldet: die Abgg. Wehr, Döring, Steffens, v. Minnigerode, Drawe, Rickert; dafür: Dünkelberg, Borowski, v. Puttkamer - Plauth. Abg. Wehr hebt hervor, die Opfer, welche die Vorlage den Reichsverbänden ziemlich seien unerschwinglich und unannehmbar. Er bedauert, daß das Project I zurückgeschoben worden sei. Der Ostseewerke hier leider mit wenig Wohlwollen behandelt.

Madrid, 17. Februar. (W. T.) Der Finanzminister legte den Cortes einen Gesetzentwurf vor, wonach der vom Auslande eingeführte oder in Spanien hergestellte Spiritus mit einer besonderen Steuer von 80, 100, 120 Pesetas pro 100 Hectoliter, je nach Graduirung des Spiritus, belegt werden soll. Die Steuer soll auch von allem Alkohol erhoben werden, der nach Verkündigung des Gesetzes sich in den Magazinen und Entreposits Spaniens befindet.

Bom Kronprinzen.

Heute gingen uns folgende Telegramme zu:

Gau Remo, 16. Februar, Abends 10 Uhr 30 Min. (W. T.) Das Befinden des Kronprinzen wurde Abends besser; er stand heute auf und es mit gutem Appetit. Prinz Heinrich ist dem Großherzog und der Großherzogin von Baden nach Genua entgegengereist. Mackenzies Abreise ist abermals auf Sonnabend oder Sonntag verschoben worden.

Berlin, 17. Februar. (Privatelegramm.) Der „National-Zeitung“ wird aus San Remo von gestern Abend telegraphiert: Der Auswurf ist schleimig und eitrig, zuweilen mit geringer Blutbeimengung, und wird untersucht. Die Wunde vernarbt gut, ist zur Hälfte verkleinert und umschließt die Canäle fest. Die mit der Operationswunde verbundene Gefahr ist überwunden. Die Atmung ist ungehindert. Eine genauere Besichtigung des Gehlkopfes ist noch unstatthaft.

Das Gutachten Mackenzies,
wie es im gestrigen „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden ist, haben wir zwar schon nach der richtigen, alles Wesentliche enthaltenden Analyse des „B. Tgbl.“ heute Morgen wiedergegeben. Da aber bei der Wichtigkeit der Angelegenheit und der so vielfach angefeindeten Stellung, die Mackenzie in dieser Angelegenheit einnimmt, auch die genaue Kenntnis des Wortlaufs des Gutachtens unseres Lesers erwünscht sein wird, geben wir denselben nachstehend wieder:

Auf den Wunsch Gr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen, meine Ansicht über seine Krankheit zu veröffentlichen, benutze ich die Gelegenheit, einige ungenaue Mittheilungen, welche mir zugeschrieben worden sind, zu berichtigten.

Es ist eine allgemein verbreitete Meinung, daß ich annahme, die Krankheit, an welcher Ge. kaiserliche Hoheit leidet, sei nicht Krebs. In diesem Bericht sind die Worte: „Krebs“ und „malig“, „bössartig“, als Synonyma gebraucht. Meine Ansicht von der Sache, welche ich beständig aufrecht erhalten habe, ist die, daß kein Beweis von dem Vorhandensein eines Krebses erbracht worden ist. Um eingehender zu sprechen: Als ich im Mai v. J. in Berlin ankam, erklärte ich den Collegen gegenüber, daß meines Erachtens die Erscheinungen im Gehlkopf einen negativen Charakter trügen, d. h. die Krankheit könne gutartig oder bössartig sein, der Charakter verbergen könnte nur durch mikroskopische Untersuchung festgestellt werden. Zu diesem Zweck wurde von mir ein Stück des erkrankten Gewebes herausgenommen und von Professor Birchow untersucht, welcher nichts Maliges daran entdecken konnte. Wiederholte Untersuchungen anderer von mir aus dem Gehlkopf entfernten Stücken durch Professor Birchow ergaben ähnliche Resultate.

Im Monat Juli, während eines Aufenthalts Gr. kaiserlicher Hoheit auf der Insel Wight, erklärte ich mehr als einmal seinem hohen Verwandten gegenüber, daß dieselbe Gefahr, welche ich am meisten fürchtete, in einem späteren Auftreten von Anorhopialauten bestände.

Stadt-Theater.

Fräulein Marie Barkany, die ihr Gastspiel im Herbst v. J. wegen anderweitiger Verpflichtungen zum allgemeinen Bedauern auf wenige Rollen beschränken mußte, ist zu uns zurückgekehrt und gestern als „Preciosa“ auf das wärmste begrüßt worden. Bei den glücklichen Gaben der Künstlerin ist es selbstverständlich, daß sich eine glänzende Vertretung dieser Partie kaum denken läßt. Zarte Nächtnaturen gelingen Fr. Barkany besonders gut und dabei besteht sie den überzeugenden Ton warmer, treuerziger Empfindung. Ihre Preciosa war von herzgewinnender Anmut und fand bei dem Publikum die lebhafte Anerkennung.

Leider sind aber die Zeiten der „Preciosa“ vorüber. Plus Alexander Wolff hat seinen Stoff ganz aus dem Trauerleben der Romantik geschöpft, während das Publikum von heute die Sache viel nüchterner auffaßt und in einer Carmen die wahre Präzidentin des Zigeunerthums sieht. Auch die kurzen trostlosen, gereimten Verse sind für die realistische Vortragsweise, welche man heute auf der Bühne erwartet, sehr ungünstig. Was das Stück bis jetzt am Leben erhalten hat, ist wohl

Drei Monate später zeigte sich diese Besorgniß wohl begründet. Zu Ende Oktober und Anfang November traten neue Symptome auf, und die örtliche Erkrankung zeigte die Ansicht, welche mit der Diagnose „Krebs“ vereinbar erschien. Damals war es unmöglich, frisches Material zur mikroskopischen Untersuchung zu entnehmen, und ich erachtete es demgemäß als sicherer, die Krankheit als eine solche von bössartigem Charakter zu behandeln. Unterdessen unterbreitete ich gleichzeitig meinen Collegen ein Protokoll, in welchem ich angab, daß obgleich das Leiden augenblicklich das Aussehen von Krebs hätte, ich nicht damit übereinstimmen könnte, daß dasselbe als bössartig erwiesen, bis eine weitere mikroskopische Untersuchung gemacht worden sei. Dieses Document, in welchem ich meine Meinung aussprach, ist nach Berlin gesandt worden, um im Staatsarchiv aufgehoben zu werden. Obgleich nun diese ungünstigen Symptome, welche sich damals boten, auf Grund des Vorhandenseins von Krebs gedacht werden konnten, war es doch der Majorität der behandelnden Aerzte klar, daß Perichondritis hinzugekommen war.

Mitte Dezember waren diese ungünstigen Zeichen verschwunden, und nun waren klinische Symptome, welche von Krebs deuten, nicht mehr vorhanden. Es fehlt indessen immer noch an einer mikroskopischen Untersuchung. Diese wurde Ende Januar v. J. ermöglicht, als ein abgestorbener Gewebestück von derselben Stelle sich loslöste und ausgeworfen wurde, welche im November v. J. ein so sehr verbächtiges Aussehen gezeigt hatte. Dieses Gewebestück wurde sorgfältig und wiederholt von Professor Birchow untersucht, und das Ergebnis, welches jetzt veröffentlicht wird, zeigt wiederum, daß Krebs nicht nachgewiesen werden konnte.

Um zu recapituliren: Nach meiner Ansicht waren die klinischen Symptome immer durchaus vereinbar mit einer nicht bössartigen Erkrankung, und die mikroskopische Untersuchung befand sich in Übereinstimmung mit dieser Ansicht.

Ich brauche nur noch hinzuzufügen, daß, obgleich in beinahe jedem Falle von Gehlkopferkrankungen es auf den ersten Anblick möglich ist, eine genaue Diagnose in Bezug auf die Natur des Leidens zu stellen, in allerdings sehr seltenen Fällen allein das Fortschreiten der Krankheit die Bestimmung des Charakters derselben gestattet. Unglücklicherweise gehört das Leiden Gr. kaiserlicher Hoheit zu der letzteren Art, so daß in diesem Augenblick die medizinische Wissenschaft mir nicht gestattet, zu behaupten, daß irgend eine andere Krankheit vorhanden ist als eine chronische Entzündung des Gehlkopfes, verbunden mit Perichondritis.

Mackenzie.
Die „Neue Freie Presse“ in Wien beklagt lebhaft in einem warm geschriebenen und dem deutschen Kronprinzen huldigenden Artikel, daß unter den Aerzten in San Remo keine unbedingte Einmütigkeit bestehe.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. Februar.

Die staatsrechtlichen Folgen der Erkrankung des Kronprinzen.

Angesichts der Erörterung der staatsrechtlichen Fragen, welche durch die schwere Erkrankung des Kronprinzen in den Vordergrund gestellt werden und mit denen sich, so wird wenigstens in Berlin behauptet, der lehre Ministerrat beschäftigt hat, mag es angezeigt erscheinen, auf die bestehenden verfassungsmäßigen Bestimmungen hinzuweisen. Art. 56 der preußischen Verfassung schreibt vor:

„Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat, welcher der Krone am nächsten steht (also der jetzige älteste Sohn des Königs) die Regenschaft.“

In Kraft treten würden diese Bestimmungen im Falle der Erledigung des Thrones. Wäre dann der (jejährige) Thronfolger dauernd verhindert, selbst zu regieren, so würde der ihm am nächsten stehende volljährige Agnat (Prinz Wilhelm), die Regenschaft übernehmen müssen, falls die sofort einberufenen Rämmern in vereinigter Sitzung die Nothwendigkeit der Regenschaft beschließen. Ist dieser Beschluß gefasst, so schwört der Regent den Eid auf die Verfassung. Bis das geschehen, bleibt in jedem Falle das bestehende gesammte Staats-Ministerium für alle Regierungshandlungen verantwortlich.

Es wird nun von manchen Seiten behauptet, es sei hier eine Lücke vorhanden, d. h. es müsse Vorsorge getroffen werden für den Fall, daß bei der eventuellen Erledigung des Thrones der Thronfolger dauernd regierungsunfähig sei. Offenbar kann man darüber streiten. Tritt der Fall ein,

so steht die Entscheidung über die Nothwendigkeit der Regenschaft unter allen Umständen den Rämmern zu. In der Zwischenzeit führt das Staats-Ministerium die Regierung.

Die Schwierigkeit einer gesetzlichen Regelung, die immer nur unter Abänderung der Verfassung

nur die prächtige, echt volkstümliche Musik, mit der Weber es ausgestattet hat. Die Composition derselben folgte unmittelbar der des „Freischütz“ und hat auch wahrscheinlich schon bei dem Er scheinen der „Preciosa“ ihren Erfolg hauptsächlich bedingt.

Die übrige Besetzung des Stükkes war im allgemeinen dieselbe, in der wir das Stück hier bereits gesehen haben. Wir haben als gelungene Leistungen nur die Diarba der Frau Director Rosé und den Praelo des Herrn Müller - Fabricius hervor.

Frl. Barkany wird das Gretchen im „Faust“ nicht schon morgen, sondern erst Montag spielen, da die Aufführung am Sonntag wegen der schwierigen und ernsten Vorbereitungen sich nicht ermöglichen ließ. Sonnabend tritt sie als Else in Wilbrandts „Malern“ und als Baronesse Nietoch in Pohls „Schulreiterin“ auf, in zwei Partien, die sie am Schlus ihres kurzen Gastspiels im November v. J. vor ausverkauftem Hause unter dem lebhaftesten Beifall gegeben hat. Namentlich die „graue Motte“ in den „Malern“, die sich dann in einem glänzenden Schmetterling entpuppt, gehört zu den eigenartigen, reizenden Leistungen der Künstlerin, wobei sie von Herrn Ernst als Maler Oswald vor trefflich unterstützt wird.

möglich ist, liegt darin, daß die Frage der dauernden Regierungsunfähigkeit nicht im voraus zu entscheiden ist. So lange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, scheint kein Anlaß zu einer staatsrechtlichen Action vorzuliegen. Für den Fall einer nur vorübergehenden Regierungsunfähigkeit des Königs enthält die preußische Verfassung keine Vorschrift. Im Jahre 1878 nach dem Attentat wurde dem Kronprinzen lediglich durch Verordnung des Kaisers die Stellvertretung übertragen.

Was das Reich betrifft, so steht das Präsidium des Bundes nach Art. 11 der Reichs-Verfassung dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen des deutschen Kaisers führt. Hier ist von einer Regenschaft nicht die Rede. Und bekanntlich ist die Frage streitig, ob dem Regenten in Preußen eo ipso das Präsidium des Bundes zustehe. Die Frage der Stellvertretung ist gewissermaßen durch das Präsidium von 1878 präjudiziert.

Unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf das kritische Befinden des Kronprinzen erscheint es in hohem Grade bedauerlich, daß gerade hochconservative Abgeordnete von dieser angeblichen Absicht beunruhigende Nachrichten in Curs setzen, welche die „Nordde. Allg. Tg.“ für aus der Lust geöffnet erklärt. Die Zurückhaltung wäre hier vielleicht um so mehr angezeigt gewesen, als die Aerzte noch heute über den eigentlichen Charakter der Erkrankung des Kronprinzen verschiedener Ansicht sind; wie das im „Reichsanzeiger“ auf den Wunsch des Kronprinzen veröffentlichte Gutachten Mackenzies vom 12. Februar beweist.

Die Aufhebung des Identitätsnachweises.

Wie der Telegraph bereits gemeldet hat, ist gestern der Antrag auf Aufhebung des Identitätsnachweises an eine Commission zur weiteren Beratung überwiesen worden. Daß es so kommen würde, haben wir schon am Montag vorausgesagt, und der Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung hat auch die öfters gemachte Angabe bestätigt, daß alle Parteien der Frage gespalten gegenübertreten. Ein sehr empfindlicher Druck wurde auf die gestrigen Verhandlungen offenbar durch das „non liquet“ ausgeübt, mit welchem auf dem neulichen parlamentarischen Diner der Reichskanzler seine Stellung in dieser Angelegenheit bezeichnet haben soll.

Freunde wie Gegner mussten unter der Voraussetzung kämpfen, daß die Debatte und eventuell auch die Beschlüsse, falls solche zu Stande kommen, ohne positive Wirkung bleiben werden. Der Zusammenhang der Parteien hält dieser im Grunde genommen, ja auch garnicht politischen Frage gegenüber nicht Stand, fast in jeder Fraktion gleicht es Freunde und Gegner des Antrags, so daß die Hoffnung, in der Commission werde eine Verständigung zwischen den verschiedenen Strömungen und mit der Regierung zu Stande kommen, wenig berechtigt erscheint. Die Regierung hat im übrigen das Thrigte gehabt, eine solche Verständigung zu erschaffen, indem sie davon Abstand nahm, ihre Stellung zu präzisieren. Der Bundesrat hat eben noch nicht Stellung genommen. Wie so oft schon, kehrt der Bundesrat, wenn es ihm bequem scheint, den Charakter als gesetzgebender Factor heraus, während er ein anderes Mal unter der Firma der Reichsregierung in die Discussion wichtiger Fragen eingreift.

Das in unseren heutigen Morgentelegrammen enthaltene Gerücht, wonach Herr v. Scholz im Falle der Annahme des Antrages die Cabinettsfrage stellen würde, möchten wir allerdings stark bezweifeln. Herr v. Scholz ist Niederlagen ganz anderer Natur gewöhnt, als diese es sein würde. Niederlagen, die in jedem wirklich konstitutionellen Staate jeden Minister unmöglich gemacht hätten — und ist doch bis heutigen Tages ruhig auf seinem Posten geblieben. Die Stürzen der Quadern der Monopolgebäude haben ihn nicht erschüttert; wie sollte er da über das Steinchen der Identität straucheln? Credat Judaeus Apella!

Über den Stand der Arbeiten für das Arbeiter-Alters-Versorgungs-Gesetz schwanken die Angaben hin und her. Unser Berliner Correspondent schreibt uns hierzu: Was gestern darüber verbreitet worden, soll heute nicht mehr gelten. Es heißt mit Bestimmtheit, der Entwurf sei nahezu fertiggestellt und namentlich

der Staatssekretär v. Bötticher wollte nichts davon hören, daß der Entwurf in dieser Session nicht mehr eingebrochen werden oder höchstens zur ersten Lesung kommen sollte. Andererseits hört man von gewichtigen Gründen, welche dafür vorhanden sein sollen, den Reichstag spätestens zu Anfang der dritten Märzwoche zu schließen. Jedenfalls dürfte dann doch für die Einbringung des Invalidengesetzes die höchste Zeit sein.

Ein Vorschlag zum Schulastengesetz.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erleichterung der Volkschullasten hat bekanntlich den Beschuß gefaßt, daß für die zweiten Lehrer der Gemeinden statt 200 Mark, wie in der Regierungsvorlage vorgeschlagen, 300 Mark als Zuschuß gewährt werden sollen. Zur Ausführung dieses Beschlusses würde ein über die disponible Summe von 20 Millionen hinausgehender Betrag von 2,4 Millionen erforderlich sein, über dessen Deckung die Commission weder berathen, noch einen Vorschlag gemacht hat. Wie die „Hamb. Nachr.“ nun erfahren, soll in parlamentarischen Kreisen die Absicht bestehen, die lex Huene zur Deckung jenes Ausfalls zu benutzen. Nach diesem Gesetz fällt bekanntlich alles, was aus landwirtschaftlichen Zöllen über fünfzehn Millionen Mark hinaus in die Kasse Preußens fließt, den Kreisen zu. Würde man dieses Gesetz dahin ändern, daß anstatt fünfzehn Millionen Mark in Zukunft ca. 17½ Millionen Mark als Extrazollwirtschaftliche Zölle der Staatskasse verbleiben, so würde die von der Commission beabsichtigte größere Ausdehnung in der Erleichterung der Volkschullasten wohl möglich und durchführbar sein. Als dann würde den Kreisen aus der lex Huene ein geringerer Beitrag erwachsen; dafür würden sie aber durch die größeren Erleichterungen des Volkschullastengesetzes entschädigt. Auch für eventuelle weitere Erleichterung der Volkschullasten glaubte man durch entsprechende Erhöhung des der Staatskasse verbleibenden Ertrages der landwirtschaftlichen Zölle Deckung finden zu können. Die Zuschüsse, welche die Kreise jetzt aus der lex Huene erhalten, würden dadurch allerdings ziemlich zusammenschrumpfen, dafür aber die Gemeinden eine größere Entlastung haben.

Ausnahmegesetz oder gemeinsches Recht?

Der Sprecher der Nationalliberalen bei der zweiten Beratung über die Verlängerung des Socialistengesetzes, Herr v. Marquardsen, hat es sich besonders angelegen sein lassen, den Gegnern des Gesetzes gegenüber in Abrede zu stellen, daß die bestehende Gesetzgebung das Ausnahmegesetz entbehrt. Das „gemeine“ Recht habe seinen Hauptbestandteil in dem gegenwärtigen Strafgesetzbuch. Weshalb dieses nicht ausreicht, hat Abg. v. M. nicht gesagt. Bezuglich der Preßgesetze bemerkte er, die wirklich materiellen Strafbestimmungen seien wesentlich im Strafgesetzbuch, während das Preßgesetz vorwiegend die formelle Regelung des Preßgewerbes zur Aufgabe habe. Was das Vereinsgesetz betreffe, so gebe es kein deutsches Gesetz auf diesem Gebiete, sondern nur einzelstaatliche Gesetze. Dann fuhr der Redner fort:

„Also hier betreten wir ein Gebiet, wo wir eine als gemeingefährlich in der Reichsgesetzgebung anerkannte Richtung mit den Waffen der Einzelstaatengesetzgebung bekämpfen sollen. Und dann bedenken Sie doch auch: Das ganze Gebiet der Polizei entzieht sich fast durchaus der unmittelbaren Gesetzgebung des Reichs und auch der Reichsverwaltung.“

Dass Herr v. Marquardsen gegenüber der Forderung der Rückkehr auf den Boden des gemeinen Rechts das für alle Staatsbürger gemeinsame Recht verwechselt haben sollte mit dem einzigartigen Bundesstaaten gemeinsamen Recht, ist nicht anzunehmen. Aber davon abgesehen, läuft die Beweisführung dafür, daß die Anwendung des „gemeinen Rechts“ zur Bekämpfung der Socialdemokratie nicht ausreiche, auf die Behauptung hinaus, daß der Staat nur möglich sei auf der Basis von Reichsgesetzen. „Das ganze Gebiet der Polizei“, ruft hr. v. Marquardsen aus, „entzieht sich fast durchaus der unmittelbaren Gesetzgebung des Reichs.“ Wie schade, daß hr. v. Marquardsen und dessen Parteigenossen sich dieser Einsicht verschlossen haben gegenüber einem Ausnahmegesetz, welches die gesamte Handhabung der Presse, Vereine

und Höchstes werden kann, nämlich ein „Musikdrama“. Wem die Empfindung für das Entwürdigende dieses Vorganges fehlt, dem werden wir es mit Worten nicht deutlich machen. Uns erscheint ein Gefühl zorniger Beschämung, wenn wir sehen, wie der nächstbeste Liebertafeldirigent mit dem edelsten Schatz des deutschen Volkes hantiert und die heiligen Worte, welche Musik nicht dulden oder nicht brauchen, in declamatorischen Singsang umsetzt. Die Besessenheit der Jöllner'schen Musik kümmert uns hier nicht, sondern lediglich die Thatsache, daß ein deutscher Componist den traurigen Muth hat, den ganzen Faust von Goethe zum „Musikdrama“ zu degradieren, oder, wie er meint, zu erheben. Hätte Jöllners Faustfabrik einen bedeutenden Bühnen Erfolg gehabt, so würden wir wahrscheinlich Goethes „Tasso“, Schillers „Maria Stuart“, Grillparzers „Cappuccio“ bald in der Maskerade von Musikdramen begegnen. Gute Textbücher sind ja heute schwer zu erlangen, und so kostspielig! Hoffentlich wird das Hofoperntheater sich nicht zum Schauplatz für Jöllner'sche Musikdramen hergeben. Nein, zu hell und mächtig lobert noch in Wien das Gefühl für unsere großen Dichter, um modernen Bildnerfürmern mit und ohne Musik den Eingang zu gewähren.

und Versammlungen, ja sogar die Wahrung der persönlichen Freiheit des Einzelnen ganz ausführlich und ohne jede gesetzliche Garantie den Polizeibehörden der Einzelstaaten übergebt! Seit 10 Jahren wird der Kampf der Staatsgewalt gegen die Sozialdemokratie mit den zum Theil scharfen, zum Theil stumpfen Waffen der Polizei in den einzelnen deutschen Staaten geführt. Dieses Argument des Herrn Marquardt war also zum mindesten wirkungslos. Soviel freilich hat er durch seine Rede dargethan, daß nach der Ansicht der Nationalliberalen das Sozialistengesetz nur aufgehoben werden kann, wenn an die Stelle desselben schärfere Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, des Preßgesetzes, des Vereins- und Versammlungsrechts nicht nur für die Sozialdemokraten, sondern für die gesammte Bevölkerung des deutschen Reichs getreten sein werden. Das „gemeine Recht“, von dem Herr v. M. spricht, ist in einem weiteren oder engeren Umfange die Verallgemeinerung des bestehenden Ausnahmengesetzes. Es wird sich, sagt die „Wes.-Itg.“, nur um ein Mehr oder Minder neuer und für alle geltender Freiheitsbeschränkungen handeln.

Es ist möglich, daß man sich dabei mit einem bescheidenen und vielleicht praktisch nicht sehr empfindlichen Maße begnügt; aber, wie einmal die Seiten sind, liegt die Wahrscheinlichkeit nicht gerade günstig für das Minder. Es ist viel eher zu befürchten, daß der Schneeball, wenn man ihn erst einmal in's Rollen gebracht hat, immer dicker werden wird. Aus eben dieser Erwägungen lehnen die Liberalen die Mitwirkung an der Aufgabe ab, ein Gesetz, welches seiner ganzen Natur nach nur ein Ausnahme-Gesetz ist und sein kann, unter der Firma des „gemeinen Rechts“ auf alle deutschen Reichsangehörigen auszudehnen.

Friedliche Versicherungen.

Die Rede des Ministers Flourens in Gap, wo eine Wählerversammlung stattfand, enthielt zwar einige nicht mißverstehende Seitenklischee auf Italien, andererseits aber auch die wiederholte Versicherung, daß Frankreichs Befreiung die Erhaltung des Friedens sei. Frankreich wolle, führt Flourens nach einer ergänzenden Meldung aus, den Fortschritt in der Demokratie, und dieser Fortschritt könne sich nur durch den Frieden verwirklichen. Wir wünschen, daß ganz Europa der Loyalität unserer Einrichtungen sowie der Festigkeit unserer Haltung Gerechtigkeit widerfahren lasse; man müsse überall anerkennen, daß die Befestigung der französischen Republik das beste Unterpfand für die bessere Gestaltung der Beziehungen Frankreichs mit allen übrigen Staaten sei.

Gleichzeitig kommt auch aus Rom eine friedliche Rundgebung. Das Organ des Ministerpräsidenten Crispi, die „Riforma“, erwiedert, gegen die Journale polemisirend, welche der Regierung kriegerische Absichten zuschreiben, daß seit der Entreppe in Friedrichsruh nichts vorkam, was den Verdacht aufkommen ließe, daß man auf etwas anderes, als den Frieden ahziele. Bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich und bei dem Zwischenfall von Florenz bewies Italien die größte Geduld. Es sei sicher, daß die italienische Politik keinen Krieg intendiere. Italien wolle den Frieden, wenn es nicht angegriffen werde.

Im elsässischen Landesausschusse

erklärte gestern, einem Straßburger Telegramm zufolge, der Unterstaatssekretär Stüdt auf eine Anfrage des Abg. Grad bezüglich des Canals Ludwigshafen-Straßburg, das Project sei vollständig aufgestellt und siehe der Bairischen Regierung zur technischen Erörterung vor; nach Beendigung derselben werde in Verbindung mit den Reichsbehörden Beschluß gefaßt werden, ob das Project zur Ausführung gelangen solle. Bei der Beratung des ausserordentlichen Eisenbahnenrats nahm Unterstaatssekretär Stüdt die Verwaltung der Reichsbahnen in Schutz gegen die Unterstellung, daß sie die Frage der Übernahme des Baues der als Straßenbahnen bereits concessionirten und subventionirten Strecken Markolsheim-Horburg, Schleitstadt-Weilershal und Altkirch-Pfirt aus anderen als Verkehrs- und militärischen Interessen untersuche.

Gautsch von Franchenthurn, der österreichische Cultusminister, vertheidigte gestern im österreichischen Abgeordnetenhaus eine Vorlage betreffend das Verhältniß der Behörden der Universitäten zu den Studentenvereinen und constatierte dabei auch gewisse Erscheinungen nationaler Vermirrung und vereinigt aufgetretener antioesterreichischer Gesinnung. Er wies ferner auf die diesbezügliche Gesetzgebung in Deutschland hin, indem er zugleiche zugab, daß das akademische Vereinswesen eine spezifisch deutsche Einrichtung sei. In Preußen gelse in Folge eines Gesetzes die Verordnung vom 1. Oktober 1879, die im wesentlichen dasjenige bestimme, was der vorliegende Gesekentour enthalte. Der Minister las die betreffenden Bestimmungen vor. Aehnliches gelte auch für die Universität Gießen. Das Wichtigste und vielleicht Ernsteste in dieser Beziehung sei aber das Gesetz vom 28. Februar 1878, das in Sachsen für die Universität Leipzig erlassen sei. Dieses Gesetz — dessen bezügliche Bestimmungen der Minister ebenfalls verlas — sei von einem Manne kontrastiert, der sich um das deutsche Universitätswesen die größten Verdienste erworben habe, selbst Professor gewesen sei und in der Wissenschaft einen glänzenden Namen habe, vom Unterrichtsminister v. Gerber. Der Minister wendete sich dann gegen die Behauptung, daß gegenwärtig Kampf geführt werde gegen den deutschen Geist an den österreichischen Hochschulen, und fragte, ob dieser Kampf vielleicht darin bestehe, daß die Unterrichtsverwaltung bestreite, nach Erforderniß hervorragende Gelehrte für wichtige Lehrstühle aus Deutschland zu gewinnen, wie dies erst kürzlich mit der glücklichen Berufung eines bedeutenden Gelehrten aus Straßburg der Fall gewesen sei. Mit diesem Gesekentourfe feile gar keine bestimmte Nation gemeint oder getroffen sein. Wenn aber davon die Rede sei, daß der Kampf speciell gegen den deutschen Geist geführt werde, so erinnere er an das Wort eines Mannes, dessen Name längst habe, so weit es deutsche Wissenschaft gebe, und der die Universitätsverhältnisse genau kenne, an das Wort Dubois Reynolds: „Die Universität, dem königlichen Palaste gegenüber eingekwartiert, war von jeher das geistige Leibregiment der Hohenzollernschen Dynastie“. Das sei deutscher Geist und solchen Geist, ins gut österreichische übersetzt, erwarte er auch von den österreichischen Universitäten.

Nachdem mehrere Redner dafür und dagegen

gesprochen, wurde der beantragte Schluß der Debatte mit 105 gegen 96 Stimmen abgelehnt, die Sitzung jedoch aufgehoben.

Die marokkanische Conferenz.

Die Conferenz über die Angelegenheiten von Marokko, welche im laufenden Monat in Madrid abgehalten werden sollte, wurde, wie die Londoner „St. James' Gazette“ erfährt, verschoben, weil die französische Regierung sich daran nicht beteiligen wollte, ohne vorher über alle Punkte, welche erörtert werden sollen, und den genauen Zweck, für welchen die Mitwirkung der verschiedenen Mächte gewünscht werde, unterrichtet zu werden. Die Frage betrifft der Neutralität von Tanger, welche, wie es heißt, in der Conferenz zur Sprache gebracht worden wäre, würde von Frankreich herzlich unterstützt worden sein. Die französische Regierung glaubt jedoch, daß eine Erörterung des Themas gegenwärtig inopportun sein würde.

Bulgarische Stimmungen.

Wie bekannt, ist Fürst Ferdinand am 7. d. M. von seiner durch Rumellen unternommenen Reise höchst befreit nach der Hauptstadt zurückgekehrt. Im Lande herrscht andauernd tiefe Ruhe und seit dem sattsam beprochenen Zwischenfall bei Burgas fiel kein neuer friedenserfördernder Verlust vor. Wohl hatte die Regierung zu der Zeit, als Fürst Ferdinand eben auf der Reise sich befand, Mitteilungen bekommen, daß neue Freibeuterstaaten unter Leitung von russischen Abenteurern sich in der Umgebung von Adrianopel bilden. Auch wurde die bulgarische Regierung in Kenntniß gesetzt, daß die türkischen Behörden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die Gefangenen zur Untersuchung nach Konstantinopel geführt haben. Man weiß in Sofia, wie man der „Pol. Corr.“ von bulgarischer Seite schreibt, den Werth dieser türkischen Mithilfe sehr wohl zu schätzen; dessen ungeachtet hat die bulgarische Regierung alle Maßnahmen getroffen, um neue Einfälle von vorneherein unmöglich zu machen, und man kann es sagen, daß jede Bande, welche die Ruhe des Landes zu stören sich vornehme, denselben kräftigen Empfang finden würde, wie jene Nabokoms.

Man beschäftigt sich in Bulgarien viel und eingehend mit der allgemeinen europäischen Lage, da man der Überzeugung lebt, daß Bulgarien an dem offensiven Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland einen Anteil hat. Große Beachtung fand ein St. Petersburger Brief der „Politischen Correspondenz“, in dem gesagt war, Russland fordere zur Lösung der bulgarischen Krise zunächst die Entfernung des Fürsten Ferdinand und die Bildung einer gemischten Regierung. In maßgebenden bulgarischen Kreisen werden diese Bedingungen als für die Bulgaren unannehmbar bezeichnet. Man führt diesbezüglich aus, daß bei der Discussion der bulgarischen Frage durch die europäische Presse ein sehr wichtiger Unstabilität übergegangen wird, welcher aber gerade wie kein anderer geeignet ist, die Stellung Bulgariens zu rechtfertigen. Man erinnert sich, daß Russland seinerzeit den Bulgaren versprach, alles werde ins richtige Geleise kommen, wenn erst Fürst Alexander entfernt worden sei. In Wahrheit aber kam, nach der Abreise des Fürsten, General Raulbars mit seinen berühmten „drei Punkten“, welche bald auf die Zahl von zwölf anstiegen. Die Bulgaren erkannten bald, daß die russischen Ansprüche keine Grenzen kennen und daß, wenn sie die zwölf Punkte Raulbars' angenommen hätten, der Abgesandte des Zaren vielleicht zwölf neue Forderungen aufgestellt hätte.

Die Bulgaren sehen jetzt ein, daß sie damals bloß Russland zu Gefallen und ohne eigenen Nutzen ihren Fürsten gehen ließen. Es war das eine bittere Erfahrung und niemand trägt Verlangen nach einer Wiederholung derselben. Aus diesem Grunde sind sie entschlossen, den Fürsten Ferdinand um jeden Preis zu halten. Abgesehen davon muß man sich aber vor Augen halten, daß der nationale Gedanke letztens in Bulgarien ganz ungeheure Fortschritte gemacht hat. Selbst die sogenannte russische Partei Bulgariens ist im Herzen durchaus nicht russisch gesinnt. Sie bedient sich des Namens Russlands als Waffe, um damit zur Macht zu gelangen; sobald sie aber dieses Ziel erreicht hätte, würde sie vielleicht noch nationaler werden, als die gegenwärtige Regierung. Die Parteigänger Jankow verbergen durchaus nicht diese ihre wahre Gesinnung. „Wir wollen“, so sagen sie, „mit Russland Freundschaft halten, aber wir wollen nicht die Unterthanen Russlands sein.“

Deutschland.

L. Berlin, 16. Februar. Die Commission des Reichstags für den Brodtage-Antrag des Abg. Lohrenz hat heute mit 8 gegen 3 Stimmen dem § 73 der Gewerbeordnung folgende Fassung gegeben: „Die Bäcker und Verkäufer von Brod sind verpflichtet, die Verkaufspreise des Brodes während der Verkaufszeit nach Allogrammen durch einen von außen leicht sichtbaren und deutlich geschriebenen Anschlag am Verkaufsstelle zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Beim Marktverkauf und Haushandel ist das Preisverzeichnis unaufgefordert den Räubern vorzuzeigen. Das Preisverzeichnis ist vor der Ingabenahme bei der polizeilichen Ortsbehörde zu kostenfreier Abstempelung einzureichen.“

* [Der König von Württemberg] hatte, wie aus Florenz vom 16. Februar telegraphiert wird, wieder eine unruhige Nacht; das Fieber ist geringer, die Kräfte haben sich jedoch noch nicht gehoben.

* [Von Stanley.] Ein gestern in Brüssel eingetroffener Bericht des General-Gouverneurs vom Congo besagt, daß seit dem 10. August auf keiner Congostation eine Nachricht von Stanley angelangt sei.

* [Consul in Cairo.] Es verlautet, der Wirkliche Geheime Leg-Rath und Vortragende Rath im Auswärtigen Amt v. Brauer sei zum deutschen Generalconsul in Kairo designirt.

* [Australischer Grenzolltarif.] Nach einem hier eingetroffenen Petersburger Telegramm hat die russische Commission für die Revision der Grenzolltarife im Westen beschlossen, die Einfuhrzölle für Guifeisen, Schniedeisen, Stahl und Kupfer unverändert zu lassen.

* [Die „weiteren“ Allianzverbindungen.] Nach einer Meldung der „Aöln. Volkszg.“ werden die seit längerer Zeit kursirenden Gerüchte von Allianzverabredungen Belgiens und Hollands mit Deutschland für den Fall eines von Frankreich und Russland ausgehenden Angrißskrieges den Gegenstand einer Interpellation in der belgischen Kammer bilden.

* [Zum Weingesetz.] Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in

Rheinland und Westfalen“ hat sich bezüglich des Gesetzes über den Verkehr mit Wein in einer Petition an den Reichstag gerichtet, in welcher im wesentlichen der Standpunkt der Handelskammern zu Köln, Koblenz, Wiesbaden und Frankfurt a. M. gehieilt und beantragt wird, daß in das Gesetz die nachfolgenden Bestimmungen aufgenommen werden: 1) die Herstellung von Kunstinwein wird untersagt und ein Zuvielverhandeln als Betrug bestraft; 2) die rationelle Weinverbesserung durch Zusatz von reinem Rohr- oder Rübenzucker — nicht Traubenzucker — und Wasser vor der ersten Gärung ist gestattet; 3) die so erzielten Weine können ohne Anzeigepflicht darüber, was mit ihnen vorgenommen wurde, in Vertrieb genommen werden.

* [Eine zeitgemäße Erinnerung.] bringt der

Berliner „Bär“ wie folgt: Um dem seiner Zeit berühmten Pariser Polizeichef seine Künste abzulernen, schickte Friedrich der Große einen jungen Polizeibeamten, namens Philippo, aus Berlin nach Paris und machte denselben nach seiner Rückkehr zum Polizeidirector seiner Hauptstadt. Friedrich bemerkte jedoch sehr bald, daß Philippo so außerordentlich nicht leiste, als man dem Herrn v. Gartines, seinem Pariser Polizeichef, zuschrieb. Weil er nun glaubte, daß dies an der Unfähigkeit seines Polizeidirectors liege, gab er denselben sein Missfallen zu erkennen. Da berichtete Philippo, daß man, um die Erfolge des Herrn v. Gartines zu erleben, eine geheime Polizei und ein Spionagesystem organisieren müsse. Gleichzeitig schlug er falls dies des Wunsches des Königs entspreche, die desfallsigen Mittel vor. Darauf becidet ihn Friedrich mit den historisch denkwürdigen Worten: „So sehr ich auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Entdeckung jedes verübt, oder die Unterdrückung jedes beabsichtigten Verbrechens wünsche, finde ich doch, daß die Mittel, wodurch das allein erreicht werden kann, noch ein weit größeres Unheil sind, als alle die Uebel, die verhüllt werden sollen. Ich will die Ruhe und das Vertrauen meiner guten Unterthanen nicht fören und die Gittlichkeit meines Volkes nicht verderben lassen.“

* [Monumenta Germaniae.] Die seit dem

Tode des Prof. Walz erledigte Stelle eines Leiters der Monumenta Germaniae historica ist noch nicht wieder besetzt. Wie die „Schles. Itg.“ erfährt, sind nunmehr für diese Stelle seitens des Reichsamts des Innern beim Bundesrathe die Historiker Wattenbach, Dümmel und Weyland in Vorschlag gebracht worden. Unter diesen wird also vermutlich der Bundesrat seine Wahl treffen.

* [Blüthen Stöcker'scher Agitation.] Von der Stöcker-Partei, deren Führer sich jüngst im Parlament mit heuchlerischer Miene über die Agitationen anderer Parteien beschwerte, werden jetzt im 6. Berliner Reichstagswahlkreise, wo in Folge der Erkrankung des Abg. Hasenclever eine Nachwahl notwendig wird, Brand- und Schmähgeschichten der niedrigsten Sorte verbreitet. Eines dieser Blätter, das dem „B. L.“ vorliegt, wendet sich an die Arbeiter mit folgenden Auszügen:

„Ihr könnt Euch seit Jahren kaum rücken noch röhren, Ihr steht und leidet mit unter dem Bann eines Ausnahmengesetzes, das Ihr nicht verschuldet habt und das auch ehrliche und rechtliche Arbeiter nicht trifft! Die Arbeiterbewegung ist wie gelähmt und steht andererseits — o Ironie des Schicksals! — unter der goldenen Fuchtel eines großkapitalistischen Juwen und Arbeitsausbeuters, der alle anderen Führer der sozialrevolutionären Bewegung — von einer Arbeiterbewegung kann man doch kaum mehr reden — in der Tasche hat, und der Euch gegebenenfalls zwingt, bei öffentlichen Wahlen für Eure schlimmsten wirtschaftlichen Gegner, die Förschütter, zu stimmen, die ihrerseits ebenfalls unter der jüdischen Fuchtel stehen und, wie sie's auch verdienen, nahezu abgesamtlicht haben! Arbeiter! Freunde! Nehmt Euch ein Beispiel dran! Wacht auf, ermannt Euch! Erkennt die unwürigen und verderblichen Fesseln, in die Euch nicht die Regierung, die mit verläßbigen Arbeitern pactiren und ihnen helfen würde und könnte, sondern das internationale Judenthum mit seinen Helfershelfern geschlagen hat! Verbrecht diese Fesseln, je eher, um so besser! Erkennt das unwürdige und freie Spiel, das mit Euch und Euren heiligsten Interessen gespielt wird, erkennt die Gefährlichkeit und Verderblichkeit der Wege, auf die Ihr unter solcher Führung gerathen seid, und unschuldn in den Abgrund, ins Verderben führen!“

Mit einem Zitat von Lassalle und einem nochmaligen Mahnras von die „willenlosen Knechte des Großkapitals“, die „Ausbeuter über Bord zu werfen“, schließt das würdigste Product Stöcker'schen Geistes. Und angesichts solcher Leistungen wagt man es noch, anderen Parteien Vorwürfe zu machen, wenn sie im Interesse des sozialen Friedens gegen so schamlose Verhetzungen protestieren!

* [Canalprojekte.] Zu den verschiedenen Plänen für die Anlage von Kanälen befußt Verbindung der Donau mit der Oder und Elbe sind nach dem „Hamb. Corr.“ kürzlich dem österreichischen Handelsministerium wieder einige neue Entwürfe eingereicht worden, und zwar vom Civil-Ingenieur Johann v. Podhasky, welcher 1. die Donau mit der Elbe durch Anlage eines Scheitelcanals von der Donau bei Wien bis in die Moldau bei Budweis; 2. die Donau mit der Oder durch Anlage eines Lateralcanals zur March und Beiva, eines Scheitelcanals zur Überleitung der Wasserscheide zwischen Beiva und Oder, und durch Anlage eines Lateralcanals zur Oder bis Oderberg; und 3. die eben erwähnte Wasserstraße mit der Elbe durch Abweitung eines Lateralcanals zur March zwischen Prerau und Kremsier, und sodann durch Überleitung der Wasserscheide zwischen March und Elbe mittels eines Scheitelcanals zur Elbe bis Königgrätz und Pardubitz verbinden will.

* [Gescheiterte Finanzoperation.] Die Versuche Russlands, eine große russisch-französische Bank in Petersburg zum Rückkauf russischer Werthe zu gründen, sind, der „Kreuzig.“ zufolge, gescheitert. Der deutsche Nachteilzug in der Richtung nach Norden hat den Anschluß in Vandrup nicht erreicht.

Stein, Geheimer Commercierrath Neubauer und Freiherrn Eduard v. Oppenheim. Es soll sich bestätigen, daß die Goldlager in Südwesafrika erheblich und ausgedehnt sind.

Stettin, 16. Februar. Unter dem Vorit des Präsidienten Herwig aus Berlin, des Vorsitzenden der Section für Küsten- und Hochsee-Fischerei, sind morgen und übermorgen hier Verhandlungen statt, in welchen u. a. über die Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit der Einführung gegenwärtiger Versicherung von Fischereigetätschaften und der Einrichtung von Kassen zur Unterstützung von bedürftigen Hinterbliebenen bei Ausübung ihres Berufs verunglückten Fischern für den Bereich der deutschen Ostseeküsten berathen werden soll. (Ostseeitg.)

Posen, 16. Februar. Erzbischof Dr. Dindor ist, wie dem „Surger Pzn.“ aus Berlin mitgetheilt wird, während seines dortigen Aufenthalts in voriger Woche bemüht gewesen, auch dahin zu wirken, daß in der Erzbistüme Gnesen-Posen den Präposten der Diözese im Archivvorstand wiedergegeben werde, wozu bekanntlich in der Provinz Posen eine besondere königliche Ermächtigung erforderlich ist. Wie das genannte Blatt mittheilt, hat der Erzbischof begründete Hoffnung, daß die in dieser Angelegenheit geführten Verhandlungen zu einem Resultat führen werden, welches dessen Wünsche entspricht.

Dresden, 14. Febr. Vom sächsischen Ministerium des Innern ist der „Gäls. Landesitz.“ zufolge, jetzt die principielle Entscheidung gegeben worden, daß die in Fabriken etc. wesentlich beschäftigten Kinder im Alter von 12—14 Jahren auch als Krankenversicherungspflichtig zu betrachten seien, für dieselben auch ein geringerer Durchschnitts-Tagelohn, als für die Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum 16. Lebensjahr festgesetzt ist, angenommen werden könne, und daß der Fabrikherr, auch wenn er nicht selbst diese Kinder in Arbeit genommen hat und nicht selbst lohnt, für Durchführung des Krankenversicherungswanges und zur Beitragsleistung verpflichtet ist.

München, 16. Febr. Der Kaiser und König hat dem Finanzminister Dr. v. Riedel den rothen Adlerorden erster Classe mit dem Emaillebande des Aronordens verliehen.

München, 16. Febr. Die Abgeordnetenkammer hat das Ausführungsgesetz zu dem Reichsgesetz über die Araken- und Unfallversicherung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter mit unerheblichen Änderungen einstimmig angenommen.

Strasburg i. E., 14. Febr. Der „Köln. Itg.“ zufolge ist der katholische Pfarrer Lehmann von Lüttendorf (Kreis Altkirch, Oberelsaß) ins Untersuchungs-Geängnis nach Mühlhausen gebracht worden; derselbe steht unter der Anklage, von der Kanzel herab eine Majestätsbeleidigung ausgesprochen zu haben.

Dösterreich-Ungarn. Wien, 16. Febr. [Herrenhaus.] Die Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland wurde angenommen. Der Abgeordnete Ritter von Schmerling gab einer besonderen Huldigung für den Kaiser Ausdruck wegen des Allianzvertrages, durch welchen die Friedenshoffnungen bestätigt wurden; sollte es aber dennoch zum Kriege kommen, so werde die österreichische Armee neue Vorbeeren zu erringen wissen, zur Erhöhung des Glanzes der Krone.

* [Ausweisungen aus Russland.] Nach Meldungen der Wiener „Presse“ werden jetzt österreichische Staatsangehörige, insbesondere solche, die sich in Grenzbezirken aufhalten, häufiger als je zuvor aus Russland ausgewiesen. Reclamationen bleiben größtentheils erfolglos. Den österreichischen Kaufleuten wird sogar die Rückstellung der ihnen abgenommenen Documente verweigert.

Dänemark. Kopenhagen, 16. Febr. Sämtliche Bahnen mit Ausnahme der Linie Korsør-Kopenhagen sind in Folge Schneegestöbers unsaferbar. Der deutsche Nachteilzug in der Richtung nach Norden hat den Anschluß in Vandrup nicht erreicht. (W. L.)

Paris, 16. Februar. Wie das „Petit Journal“ mittheilt, wird der Handelsminister morgen dem italienischen Botschafter Menabrea den Antrag Frankreichs zur Erneuerung des Handelsvertrages mit Italien mittheilen. (W. L.)</p

* Am 18. Febr.: **Danzig, 17. Febr.** M.-A. b. Tage, S.A. 7.17.15.12; M.-U. 11.59.
Wetterausichten für Sonnabend, 18. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Theils heiter, theils veränderlich, wolzig oder bedeckt mit strichweisen Niederschlägen bei felschen bis starken Winden mit wenig veränderter Temperatur. Mittags wärmer.

* [Ersatzschiff „Eider“.] Einer Admirätsverfügung zufolge soll der Transportdampfer „Eider“, welcher seit einer Reihe von Jahren den Verkehr zwischen den Werften Wilhelmshaven, Stettin und Danzig vermittelt hat, infolge seines baufälligen Zustandes keine Verwendung mehr finden und der auf der Werft in Danzig im Bau befindliche Ersatz-Transportdampfer den Namen „Eider“ führen.

* [Landwirthschaftlicher Genossenschaftstag.] Der Vereinstag deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, welcher am 24. und 25. d. M. in Berlin zusammengetreten sollte, ist in die erste Woche des April verschoben worden.

* [Von der Weichsel.] Die Eisbrecherarbeiten haben gestern bei ca. 15stündiger Arbeitsdauer erhebliche Resultate erzielt, da eine Strecke von beinahe 4000 laufenden Metern, bis über Röthenbach hinaus, aufgebrochen wurde. Bei Röthenbach ist die Eisdecke außerordentlich stark. Damit die ausgebrochene Stromfläche und natürlich die Mündung von neuen Verstopfungen freigehalten werden kann, sollen bei dem weiteren Vordörtsdringen nicht alle Dampfer mitwirken, sondern erforderlichenfalls einzelne zur Freihaltung des Abflusses abkommandiert werden. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3,62 resp. 3,58 Meter.

* [Zum Schiffsvorkehr mit Russland.] Der Herr Regierungs-Präsident hat dem Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft die deutsche Übersezung einer russischen Verordnung vom 30. Juli v. J. betreffend den Schiffsvorkehr im Petersburger Seecanal zur Kenntnisnahme und Mittheilung des Inhalts an das schiffahrtreibende Publikum gegeben lassen. Der Inhalt der Verordnung kann bis Ende dieses Monats auf dem Vorsteher-Amt eingesehen werden.

* [„Fabrik“ oder „Werkstatt“?] In einem Strafverfahren gegen einen Gewerbetreibenden, welcher in seiner Werkstatt jugendliche Arbeiter beschäftigt hatte, wegen Contravention gegen die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken hatte die Strafkammer den Angeklagten freigesprochen, nachdem sie festgestellt hatte: Angeklagter habe in seinem Betriebe keine Elementarkräfte, wie Damps., Wasfer, Gas, benutzt und im ganzen 20 jugendliche Arbeiter beschäftigt, welche bei ihrem Mangel an Uebung und Geschicklichkeit kaum mehr als zehn tägliche Arbeiter geleistet; es habe bei dem Gewerbetrieb mehr die Handarbeit als das mechanische Element vorgeherrscht; die einzelnen Erzeugnisse seien, ohne daß eine Theilung der Arbeit stattgefunden, durch eine und dieselbe Hand hergestellt worden; endlich habe auch der Angeklagte nur auf Bestellung im kleinen und nicht auf Vorraum im Großen gearbeitet. Mit Rücksicht auf die Gesamtheit dieser thäftsähnlichen Elemente gelangte der erste Richter zu der Schlussfolgerung, daß der Gewerbetrieb des Angeklagten ein fabrikmäßiger nicht gewesen sei. Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsgericht durch Urteil vom 13. Dezember v. J. verworfen, indem es begründend ausführte, daß es in Ermangelung einer gesetzlichen Begriffsbestimmung dem Richter überlassen sei, unter Berücksichtigung der in der Wissenschaft aufgestellten Unterscheidungsmomente im Einzelfalle zu entscheiden, ob ein Fabrikbetrieb vorliegt. Aus der Anzahl der beschäftigten Arbeiter allein lasse sich der Fabrikbetrieb nicht folgern.

* [Gewerbe-Verein.] Nach dem gestern von Herrn Ober-Ingenieur Schröder über „die Kessel-Explosion auf der Friedenshütte in Oberschlesien“ gehaltenen, zahlreich besuchten Vortrage, über den wir bereits bei anderer Gelegenheit berichtet haben, theilte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Malermeister Schüll, mit, daß am nächsten Donnerstag eine Generalversammlung abgehalten werden solle, in welcher der Jahresbericht erststellt werden wird. Das diesjährige 80. Stiftungsfest wird voraussichtlich im November d. J. begangen werden.

* [Kriegervereins-Tag.] Die „Parole“, das Organ der Krieger-Vereine, veröffentlicht im amtlichen Theile der Einberufung des 17. Abgeordnetentages des deutschen Kriegerbundes auf Sonntag, den 20. und Montag, den 21. Mai (Pfingsten) nach Danzig.

* [Sinfonie-Concert.] Mit Ausnahme der Groica-Sinfonie von Beethoven, deren Ausführung übrigens von grösster Gorgfalt der Einstudierung zeigte, war das geistige Concert der Erinnerung des Todesdays R. Wagners gewidmet. Wir hörten Werke aus allen Schaffensperioden des Meisters, vom „Tannhäuser“ bis zum „Paradies“, und wenn wir auch nicht alles schön finden können, so sind wir doch hrn. Theil dankbar für die große Mühe, die er mit seiner wackeren Kapelle auf die Überwindung der sehr bedeutenden Schwierigkeiten Wagnerischer Komödie erfolgreich verwendet hatte. Der herrliche Trauermarsch bei Siegfrieds Tod, die glänzende Tannhäuser-Duerture, der charakteristische Feuerzauber, das weisevolle Paradies-Vorspiel, die reiche lyrische Fülle der Lohengrin-Fantastie und die mächtigen Alänge des Kaisermarsches wurden mit grossem Verständniß sehr achtungswert zu Gehör gebracht und das äußerst zahlreich erschienen Publikum lohnte den Fleiß der Kapelle mit reisem Beifall.

-m. [Wilhelm-Theater.] Herr Theater-Director Hauemann aus Elbing hatte zu seiner Gründungs-Vorstellung die Operette „Farewell“, welche in Berlin seit längerer Zeit täglich volle Häuser macht und auch in Kunsträumen der schönen Ausstattung wegen gewiss Aufsehen erregt, in Aussicht genommen. Es ist leider nicht möglich gewesen, die vielen baulichen Veränderungen, Decorationen &c. zur Zeit fertig zu stellen. Aus diesem Grunde werden die Operetten-Vorstellungen wohl nicht vor Anfang März ihren Anfang nehmen können. Um das Theater aber bis zu dieser Zeit nicht zu schließen, hat hr. Director Meyer ein 1-tägiges Saitpiel mit einer Anzahl Specialitäten abgeschlossen, welche bereits am nächsten Sonntag austraten werden.

* Der bei der Eisenbahn-Beratung beschäftigte Regierungs-Baumeister Dietrich ist von Bromberg nach Marienburg versetzt.

* [Unfall.] Der Arbeiter Carl B. von hier glitt gestern Nachmittag auf Brabank aus, fiel nieder und zog sich einen Bruch des linken Unterschenkels zu. Er wurde per Drosche nach dem Stadt-Lazareth in der Sandgrube geschafft, woselbst seine Aufnahme erfolgte. [Policebericht vom 17. Februar.] Verhaftet: eine Frau wegen Diebstahl, 1 Arbeiter wegen Körperverlehrung mit einem Messer, 8 Obdachlose, 5 Bettler, 3 Betrunkenen, 10 Dinen. — Gefangen: 1 Pelzhandschuh; abzuholen von der Polizei-Direction hier.

r. Marienburg, 16. Febr. Unter dem Vorst. des Herren Schulrat Dr. Kroll stand heute die Lehrerinnen-Prüfung an der hiesigen Töchter-Schule statt. Von den vier Bewerberinnen trat eine zurück, während die anderen drei Damen, Zimmerman, Schröder und Jacoby, das Befähigungszeugnis erwarben.

* Briefen, 16. Februar. Der für das verflossene Geschäftsjahr veröffentlichte Rechenschaftsbericht unserer Städtebank weist einen Betrag von 230 514 Mk. Spareinlagen auf, welche theils auf Hypotheken, Theile auf Wechsel oder Schuldtchein begeben sind. In Erwähnung des Umstandes, daß am Orte noch zwei bedeutende Dorschkvereine arbeiten, muß das schnelle Wachsen dieses Instituts in den 3 Jahren seines Betriebs Wunder nehmen. Erfreulich ist außerdem die Wirksamkeit auch in ethischer Beziehung; selbst die armsten Leute sangen an, ihre ersparten Groschen hier

niederzulegen. Der Reservesond beträgt bereits 4522 Mk. Unter Kreisausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung sämtliche Gefüsse um Schankconcession abgewiesen, da bei ca. 5000 Einwohnern bereits 50 Gastwirthschaften hier existieren.

□ Dt. Krone, 16. Febr. Der Oberlehrer Höhnsel vom Gymnasium in Graudenz ist an das Gymnasium in Dt. Krone vom 1. April d. Js. versetzt. In seine Stelle tritt am gleichen Tage der Oberlehrer Dr. Rehabs von hier.

M. Schwedt, 16. Febr. Ueber den Nachlaß des freiwillig aus dem Leben geschiedenen Rechtsanwalts M. ist der Concurs eingelegt. — Am 10. März d. J. findet hierfür ein Kreistag statt. Außer einigen Wahlen steht 1) die Beschlusssitzung über den Antrag des westpreußischen Feuerwehr-Verbandes auf Weiterbewilligung einer Beihilfe zum Zwecke der Einrichtung einer Unfallversicherung für die Wehren, 2) die Beschlusssitzung über ein Gesuch der Stadt Schwedt um Weiterbewilligung einer Subvention zur Befreiung der Unterhaltskosten des hiesigen Prognostiums, 3) Bericht über die Verwaltung und die Finanzlage des Kreises und 4) die Feststellung des Status der Kreis-Communale für 1888/89 auf der Tagesordnung.

□ Thorn, 16. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Schuletat pro 1888/89 berathen und angenommen. Der Vertrag erfordert ca. 3000 Mk. mehr Zuschuß aus der Lämmerkasse als gegenwärtig, nämlich 76 897 Mk. Ferner genehmigte die Verordnung den Antrag, daß die von der Stadt geforderten Kapitalien vom 1. Oktober nur zu 4½ p.C. verzins und Gelde auf Grundstücke bis zum 12½% fachen Betrage des Gebäudesteuer-Nutzungswertes vergeben werden dürfen. Das Statut der städtischen Sparkasse wurde, vorbehaltlich der Genehmigung der Behörde, dahin geändert, daß der Reservesonds bis zur Höhe von 5 p.C. (bisher 10 p.C.) der Einlagen angesetzt werden müsse.

Aus Werben im Spreealte wird dem „Cottbus“-Anzeiger“ geschrieben: Von einem beklagenswerthen Unglücksfall wurde die Familie des hiesigen Häusers R. betroffen. Der einzige Sohn diente bei der Artillerie in Thorn und wollte jüngst auf Urlaub in die Heimat verreisen. Schon waren die Sachen des Sohnes nebst der Nachricht von seinem baldigen Kommen hier angelangt; statt des lehrer aber kam die bestürzende Runde von dem plötzlichen Tode des Jünglings. Der junge Artillerist wurde nämlich kurz vor seiner Abreise im Dienste von einem Pferde so unglücklich getroffen, daß der Tod unmittelbar darauf eintrat. Die Leiche wurde von Thorn hergebracht und in heimathlicher Erde hier bestattet. Um so schwerer hat dieser so unerwartete und traurige Unglücksfall die Familie R. betroffen, als diese in dem hoffnungsvollen Sohne das Glück verlor.

□ Königsberg, 16. Febr. Die ostpreußische Landschaft, welche ihre Begründung auf die allerhöchste Konfirmationsordre vom 16. Februar 1788 zurückführt, beginnt heute die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Die Jubelfeier, zu welcher sämmtliche Episoden der Behörden der Provinz geladen und zum großen Theil auch erschienen waren, begann mit einem Festakt in dem Landstadelhaus, bei welchem Oberpräsident von Schleikmann, Ministerialdirektor Hermes als Vertreter des behinderten Ministers Dr. Lucius und Generallandwirtschaftsdirektor Bon-Neuhausen auf das Fest bezügliche Reden hielten. Der Kaiser hatte durch seinen Generaladjutanten Grafen Lehndorff der Landschaft eine beglückwünschende Cabinetsordre überreichen lassen und derselben daneben sein Porträt für den Gedenksaal des Hauses verliehen. Aus Anlaß des Jubiläums wurden außerdem Generallandwirtschaftsdirektor Bon, Landschaftsdirektor Bacher, die Landschaftsräte Loreck und Vorstädt, sowie Sekretär Gimmonowski und der Vorstandsbeamte der Darlehnskasse Passauer durch Verleihung von Orden ausgezeichnet. Ein besondere Freude hatten daneben die Grafen Niemannsegg und York v. Wartenburg dem Institut dadurch bereitet, daß sie ihm die Porträts derjenigen ihrer Ahnen beibrachten, welche s. J. bei der Begründung der ostpreußischen Landschaft, die aus der Initiative der damaligen Repräsentanten der Landschaft hervorging, beteiligt gewesen waren. Den zweiten Theil des Festes bildete ein glänzendes Diner in unserer Börse, bei welchem es an den üblichen Toasten nativlich nicht fehlte, und der Schluss des Abends brachte ein gemütliches Beisammensein der distinguierten Festgesellschaft in dem Hause der Landschaft. Damit endete dieses für unsere Provinz bedeutungsvolle Fest, für welches die Landschaft einen kostspieligen Beitrag von ca. 20 000 Mk. aufgebracht und wohl auch verwendet hat.

□ [Gewerbe-Verein.] Nach dem gestern von Herrn Ober-Ingenieur Schröder über „die Kessel-Explosion auf der Friedenshütte in Oberschlesien“ gehaltenen, zahlreich besuchten Vortrage, über den wir bereits bei anderer Gelegenheit berichtet haben, theilte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Malermeister Schüll, mit, daß am nächsten Donnerstag eine Generalversammlung abgehalten werden solle, in welcher der Jahresbericht erststellt werden wird. Das diesjährige 80. Stiftungsfest wird voraussichtlich im November d. J. begangen werden.

* [Kriegervereins-Tag.] Die „Parole“, das Organ der Krieger-Vereine, veröffentlicht im amtlichen Theile der Einberufung des 17. Abgeordnetentages des deutschen Kriegerbundes auf Sonntag, den 20. und Montag, den 21. Mai (Pfingsten) nach Danzig.

* [Sinfonie-Concert.] Mit Ausnahme der Groica-Sinfonie von Beethoven, deren Ausführung übrigens von grösster Gorgfalt der Einstudierung zeigte, war das geistige Concert der Erinnerung des Todesdays R. Wagners gewidmet. Wir hörten Werke aus allen Schaffensperioden des Meisters, vom „Tannhäuser“ bis zum „Paradies“, und wenn wir auch nicht alles schön finden können, so sind wir doch hrn. Theil dankbar für die große Mühe, die er mit seiner wackeren Kapelle auf die Überwindung der sehr bedeutenden Schwierigkeiten Wagnerischer Komödie erfolgreich verwendet hatte. Der herrliche Trauermarsch bei Siegfrieds Tod, die glänzende Tannhäuser-Duerture, der charakteristische Feuerzauber, das weisevolle Paradies-Vorspiel, die reiche lyrische Fülle der Lohengrin-Fantastie und die mächtigen Alänge des Kaisermarsches wurden mit grossem Verständniß sehr achtungswert zu Gehör gebracht und das äußerst zahlreich erschienen Publikum lohnte den Fleiß der Kapelle mit reisem Beifall.

-m. [Wilhelm-Theater.] Herr Theater-Director Hauemann aus Elbing hatte zu seiner Gründungs-

Vorstellung die Operette „Farewell“, welche in Berlin seit längerer Zeit täglich volle Häuser macht und auch in Kunsträumen der schönen Ausstattung wegen gewiss Aufsehen erregt, in Aussicht genommen. Es ist leider nicht möglich gewesen, die vielen baulichen Veränderungen, Decorationen &c. zur Zeit fertig zu stellen.

Aus diesem Grunde werden die Operetten-Vorstellungen wohl nicht vor Anfang März ihren Anfang nehmen können. Um das Theater aber bis zu dieser Zeit nicht zu schließen, hat hr. Director Meyer ein 1-tägiges Saitpiel mit einer Anzahl Specialitäten abgeschlossen, welche bereits am nächsten Sonntag austraten werden.

* Der bei der Eisenbahn-Beratung beschäftigte Regierungs-Baumeister Dietrich ist von Bromberg nach Marienburg versetzt.

* [Unfall.] Der Arbeiter Carl B. von hier glitt gestern Nachmittag auf Brabank aus, fiel nieder und zog sich einen Bruch des linken Unterschenkels zu. Er wurde per Drosche nach dem Stadt-Lazareth in der Sandgrube geschafft, woselbst seine Aufnahme erfolgte. [Policebericht vom 17. Februar.] Verhaftet: eine Frau wegen Diebstahl, 1 Arbeiter wegen Körperverlehrung mit einem Messer, 8 Obdachlose, 5 Bettler, 3 Betrunkenen, 10 Dinen. — Gefangen: 1 Pelzhandschuh; abzuholen von der Polizei-Direction hier.

r. Marienburg, 16. Febr. Unter dem Vorst. des Herren Schulrat Dr. Kroll stand heute die Lehrerinnen-Prüfung an der hiesigen Töchter-Schule statt. Von den vier Bewerberinnen trat eine zurück, während die anderen drei Damen, Zimmerman, Schröder und Jacoby, das Befähigungszeugnis erwarben.

* Briefen, 16. Februar. Der für das verflossene Geschäftsjahr veröffentlichte Rechenschaftsbericht unserer Städtebank weist einen Betrag von 230 514 Mk. Spareinlagen auf, welche theils auf Hypotheken, Theile auf Wechsel oder Schuldtchein begeben sind. In Erwähnung des Umstandes, daß am Orte noch zwei bedeutende Dorschkvereine arbeiten, muß das schnelle Wachsen dieses Instituts in den 3 Jahren seines Betriebs Wunder nehmen. Erfreulich ist außerdem die Wirksamkeit auch in ethischer Beziehung; selbst die armsten Leute sangen an, ihre ersparten Groschen hier

niederzulegen. Eine junge Dame, die in der feinsten Kleidung erschien und in einer Loge Platz genommen hatte, erregte sowohl durch ihre Schönheit als durch die Thatsache Aufsehen, daß sie während der Aufführung mit großer Emsigkeit stenographierte. Der Director, Herr Mach, wurde hierauf verständigt, begab sich zu der jungen Dame und ersuchte sie, ihre sonderbare Beschäftigung einzustellen. Gleichzeitig unterbrach die Schauspieler die Vorstellung, traten an die Rampe und teilten dem Publikum mit, daß eine Schauspielerin aus Pittsburg im Hause anwesend sei, die das Stück stenographiere und es so stehlen versuche. Goforth brach das Publikum in Lachen und Peifen aus und die schöne „Diebin“ mußte unter furchtbarem Gejohle das Theater verlassen. Später erschien der Director selbst auf der Bühne und erklärte, daß bereits wiederholte Versuche gemacht wurden, auf diese Art das Stück für andere Theater zu erwerben. Nach dieser Erklärung wurde das Zugstück ohne Unterbrechung weitergespielt.

Lübeck, 15. Februar. [Ein 106jähriger.] Heute besteht in Rehhorst, einem kleinen Dorfe beim Flecken Rehnsdorf in Holstein, der alte „Vater Dohle“, seinen 106. Geburtstag. Der Alte ist am 15. Februar 1782 in Ahrensburg im Fürstenthum Lübeck geboren, wurde danach dänischer Soldat und machte als solcher den Zug nach Rußland mit. In der Schlacht bei Leipzig kämpfte er noch auf französischer Seite. Mit seiner Frau hat er fünfzehn Kinder gehabt, von denen heute jedoch nur vier Töchter noch leben. Bei der jüngsten, die sechzigjährig an einen Arbeiter in Rehhorst verheirathet ist, lebt der Alte. Dohle erfreut sich der größten körperlichen und geistigen Frische. So macht er, wenn das Wetter es gestattet, den Weg von Rehhorst nach Rehnsdorf, der ungefähr 14 Kilom. beträgt, noch heute zu Fuß. Einige Töchter, die der Alte hat, veranstalten ihm zu Ehren morgen in Rehhorst ein kleines Tanzvergnügen, an dem sich Alt und Jung aus der Nachbarschaft beteiligen wird. Vor Jahren war der Alte einmal nach Berlin gefahren, wo er auch die Ehre hatte, dem Kaiser, der ihn reichlich beschenkte, vorgestellt zu werden.

Raistenau, 16. Februar. Gestern begann der 106jährige „Vater Dohle“ seinen 106. Geburtstag. Der Alte ist am 15. Februar 1782 in Ahrensburg im Fürstenthum Lübeck geboren, wurde danach dänischer Soldat und machte als solcher den Zug nach Russland mit. In der Schlacht bei Leipzig kämpfte er noch auf französischer Seite. Mit seiner Frau hat er fünfzehn Kinder gehabt, von denen heute jedoch nur vier Töchter noch leben. Bei der jüngsten, die sechzigjährig an einen Arbeiter in Rehhorst verheirathet ist, lebt der Alte. Dohle erfreut sich der größten körperlichen und geistigen Frische. So macht er, wenn das Wetter es gestattet, den Weg von Rehhorst nach Rehnsdorf, der ungefähr 14 Kilom. beträgt, noch heute zu Fuß. Einige Töchter, die der Alte hat, veranstalten ihm zu Ehren morgen in Rehhorst ein kleines Tanzvergnügen, an dem sich Alt und Jung aus der Nachbarschaft beteiligen wird. Vor Jahren war der Alte einmal nach Berlin gefahren, wo er auch die Ehre hatte, dem Kaiser, der ihn reichlich beschenkte, vorgestellt zu werden.

Kaiserslautern, 16. Februar. Gestern Abend fand in der Tiefbaugrube „Streugraben“ in der Nähe von Camphausen im Saargebiet eine Grubenexplosion statt, durch welche 40 Grubenarbeiter getötet wurden. Weitere 36 Arbeiter sind gerettet worden. (W. Z.)

Aldorf, 16. Februar. Gestern Nachmittag wurde die Gotthardbahn bei Wassen durch Lawinensturz für einen Tag unterbrochen.

Die Reisenden müssen umsteigen. Sechs Arbeiter sind verschüttet. Der Schnee liegt bei einer Länge von 140 Metern 5 Meter hoch. (W. Z.)

Bern, 16. Februar. Vom Eisenbahndepartement wird mitgetheilt: In der Nähe des Altenbergtunnels bei Wassen überstürzte gestern Vormittag eine starke Lawine den Bahnhörper der Gotthardbahn, so daß der Schnellzug von Luzern nach Mailand 1½ Stunden verhindert wurde.

Die Reisenden müssen umsteigen. Sechs Arbeiter sind verschüttet. Der Schnee liegt bei einer Länge von 140 Metern 5 Meter hoch. (W. Z.)

Bern, 16. Februar. Gestern Nachmittag wurde die Gotthardbahn bei Wassen durch Lawinensturz für einen Tag unterbrochen.

Die Reisenden müssen umsteigen. Sechs Arbeiter sind verschüttet. Der Schnee liegt bei einer Länge von 140 Metern 5 Meter hoch. (W. Z.)

Bern, 16. Februar. Gestern Nachmittag wurde die Gotthardbahn bei Wassen durch Lawinensturz für einen Tag unterbrochen.

Die Reisenden müssen umsteigen. Sechs Arbeiter sind verschüttet. Der Schnee liegt bei einer Länge von 140 Metern 5 Meter hoch. (W. Z.)

Bern, 16. Februar. Gestern Nachmittag wurde die Gotthardbahn bei Wassen durch Lawinensturz für einen Tag unterbrochen.

Die Reisenden müssen umsteigen. Sechs Arbeiter sind verschüttet. Der Schnee liegt bei einer Länge von 140 Metern 5 Meter hoch. (W. Z.)

Bern, 16. Februar. Gestern Nachmittag wurde die Gotthardbahn bei Wassen durch Lawinensturz für einen Tag unterbrochen.

Die Reisenden müssen umsteigen. Sechs Arbeiter sind verschüttet. Der Schnee liegt bei einer Länge von 140 Metern 5 Meter hoch. (W. Z.)

Berliner Fondsbörse vom 16. Februar.

Die heutige Börse eröffnete im wesentlichen in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Tendenzen. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen laufen nicht ungünstig, boten aber besonders gefährliche Anregung nicht dar. Hier zeigte die Spekulation unverändert große Zurückhaltung und das Geschäft gewann nur periodisch etwas größere Ausdehnung. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihrem Werthstand durchschnittlich behaupten. Die Rassamerthe der übrigen Geschäftsartige hatten bei fester Gesamtmarktfestheit teilweise verändert.

Österreichische Creditactien fest und ruhig; Franzosen fest und etwas lebhafter; Lombarden und andere österreichische Anleihen wenig verändert und ruhig; Gotthardbahn schwächer. Von den fremden Fonds sind russische Anleihen als behauptet, ungarnische Goldrente und Italiener als fest zu nennen. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahnobligationen fest und in normalem Verkehr. Banknoten fester und in den spekulativen Beziehungen mäßig belebt. Industriepapiere recht fest. Montanwerthe behauptet und ruhig. Inländische Eisenbahngesellschaften wenig verändert.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,50
do. do.	31/2	101,20
Russische Anleihe	4	107,00
do. do.	31/2	101,60
Staats-Goldoblig.	31/2	100,40
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4	104,00
Westpr. Prov.-Oblig.	4	102,25
Brand. Centr.-Oblig.	4	98,90
Ostpreuß. Pfandbriefe	31/2	99,10
Pommersche Pfandbr.	31/2	99,10
do. do.	31/2	102,80
Bolesche neue Pfandbr.	4	99,60
Westpreuß. Pfandbriefe	31/2	99,00
do. neue Pfandbr.	31/2	99,00
Romm. Rentenbriefe	4	104,30
Bolesche do.	4	104,30
Preußische do.	4	104,30

Russ. 3. Orient-Anleihe	3	51,70
do. Sieg. 5. Anleihe	3	53,50
do. do. 6. Anleihe	3	83,90
Ruhr.-Pohl. Schatz-Obl.	4	82,90
Böhm. Staats-Anleihe	4	48,20
Italienische Rente	5	93,60
Rumänische Anleihe	5	103,60
do. funbire Anl.	5	100,00
do. amort. do.	5	91,90
Gebliche Gold-Pfandbr.	5	81,90
do. Rente	5	77,25
do. neue Rente	5	78,90

Cotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Ant. 1867	4	139,00
Baier. Präm.-Anleihe	4	138,70
Braunsch. Pr.-Anleihe	4	98,40
Goth. Präm.-Pfandbr.	31/2	105,60
Hannover. Präm.-Anleihe	3	139,90
Gölm.-Mind. Br.-G.	31/2	132,90
Gütebacher Präm.-Anleihe	31/2	127,50
Zürich. Anleihe von 1866	1	13,70
Destler. Loosie 1854	4	108,75
do. Cred.-L. o. 1858	—	232,00
do. Loosie von 1860	5	—
do. do.	5	1864
do. do.	5	132,50
Oldenburger Loosie	3	132,50
Dr. Präm.-Anleihe 1855	31/2	—
Kaab.-Gra. 100 L.-Loosie	4	96,80
Ruf. Präm.-Ant. 1864	5	141,50
do. do. von 1866	5	132,80

Hypotheken-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
Do. do. do.	31/2	—
Dith. Grundsch.-Pfandbr.	4	101,70
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	102,50
Meiningen Hyp.-Pfandbr.	4	102,00
Nordh. Oberdr.-Pfandbr.	4	101,80
Bonni. Hyp.-Pfandbr.	5	109,80
2 u. 4. Em.	5	108,00
2 Em.	4	100,50
1. do.	4	115,30
Pr. Bob. Cred.-Act. Bk.	4	116,50
Pr. Central-Bob.-Cred.	4	112,30
do. do. do.	4	102,75
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	102,50
Pr. Hypoth.-A. G. C.	4	102,40
do. do. do.	4	102,40
do. do. do.	31/2	97,50
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	103,60
do. do.	4	105,90
do. do.	4	102,30
Marienb. Landsh.-Pfandbr.	5	53,20
Starcks-Döben	5	105,10
do. do.	5	25,00
Ruff. Bob.-Cred.-Pfandbr.	5	88,00
Ruff. Central-do.	5	—

Eisenbahn-Stamm- und

Stamm - Prioritäts - Actien.

Aachen-Maastricht	49,10	17/8
Berl.-Dresden	5	187,10
Mainz-Ludwigsb.	103,40	31/2
Marienb. Marienb.-Sta.	51,30	1/4
do. St.-Dr.	107,20	5
Nordhausen-Erfurt	76,25	2
do. St.-Pr.	109,80	1/2
do. St.-Pr.	105,90	4
do. St.-Pr.	107,30	31/2
Gaal-Bahn St.-Pr.	50,90	—
do. St.-Pr.	107,30	31/2
do. St.-Pr.	105,10	4
do. St.-Pr.	86,00	21/2
do. St.-Pr.	86,00	21/2

Zinsen vom Staate gar. Dis. 1886.

Salzgitter	77,70	5
Gotthardbahn	116,80	31/2
Königr.-Kub.-Bahn	71,90	4
Lüttich-Limburg	15,25	—
Defferr.-Tram. Gt.	86,75	31/2
do. Nordwestbahn	61,20	4
do. Lit. B.	—	31/2
Friedrich.-Pardub.	59,00	3,81
do. Gisalzibahn	114,75	—
do. Südweltbahn	54,80	—
do. Reichsbank	115,50	8
do. Westf.	32,00	—
do. Südwelt.	32,40	—
Wärtschau-Wien	133,00	15

Bank- und Industrie-Aktien.

Banker	120,50	4
Berliner Kassen-Verein	153,00	4
Berliner Handelsagent.	81,50	4
Berl. Prod. u. Hand.-A.	95,60	2
Bremen Bank	96,40	5
Do. Disconto-bank	121,20	4
Danziger Privatbank	136,75	10
Darmstädter Bank	140,30	7
Deutsche Genossensch.-B.	121,50	6
do. Bank	134,00	9
do. Reichsbank	113,75	5
do. Hypoth.-Bank	102,25	5
Disconto-Command.	191,75	10
Gothaer Gruner. -Bk.	57,75	—
Hamb. Commerci.-Bank	—	8
Hannoverische Bank	—	8
Lübeck Comm.-Bank	182,00	—
Magdebg. Privat-Bank	115,00	4
Meiningen Hypoth.-Bk.	76,70	—
Norddeutsche Bank	105,10	7
do. Gold-Pr.	102,60	—
do. Gold-Pr.	71,60	—
do. Pr. -Staatsk.	79,10	—
do. Nordwestbahn	84,90	—
do. Elbhahl	—	—
do. Elbhahl. B. Comb.	57,20	—
do. do. 5% Oblig.	101,90	—
do. do. 5% Oblig.	75,80	—
do. do. 5% Oblig.	101,50	—
do. do. 5% Oblig.	80,30	—
do. do. 5% Oblig.	88,00	—
do. do. 5% Oblig.	86,75	—
do. do. 5% Oblig.	82,10	—
do. do. 5% Oblig.	87,00	—
do. do. 5% Oblig.	79,00	—
do. do. 5% Oblig.	82,75	—
do. do. 5% Oblig.	87,40	—

Ausländische Prioritäts-Aktien.

Gr. Wollwebergasse 8.

Das Lager bietet noch eine große Auswahl von fertigen und angefangenen Stückereien. Vorzeichnungen auf Piqueuse, Shirting etc., Holz- und Alabasterlaken, Wiener Leiderwaren als Blüten, Brief- und Cigarrentaschen, Plüschtaschen. Ferner noch vorhanden: Größere Partien Cordone- und Filzseide, Wolle und Berlin.

Der Concursverwalter

Rudolph Hesse.

Ein thätig. Kaufmann

sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stellung als Gelehrte, Buchhalter oder Theilnehmer in einem soliden Geschäft mit Einlage. Adressen unter Nr. 7523 in der Exped. d. 3ta. erbeten.

Ein gebildetes junges Mädchen (Weib) a. guter Familie sucht Stellung als Gelehrte. Auch ist sieb. gern bereit d. Haushalt zu unterführen und Kinder bei d. Schularbeiten zu beaufsichtigen. Gehalt Nebensache. Oft. zu jeder Tageszeit.

Zum 1. April wird in möglichster Nähe der Börse ein Comtoir aus einer größeren oder 2 kleineren Stuben bestehend, gesucht.

Adressen unter 7621 in der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Meine Wohnung, bestehend aus 6 bis 7 Zimmern nebst Zubehör, beabsichtigt ich zum 1. Oktober event. um 1. Juli cr. zu verm

Beilage zu Nr. 16927 der Danziger Zeitung.

Freitag, 17. Februar 1888.

Reichstag.

39. Sitzung vom 16. Februar.

Berathung des Antrages wegen Aufhebung des Identitätsnachweises.

Die Abg. Ampach u. Gen. beantragen im § 7 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879: Erstens für die reinen Transatlager für Getreide und für die übrigen in Position 9 des Zolltariffs unter a, b, c aufgeführten Waaren die Mischung ausländischer und inländischer Waaren so zu gestatten, daß sämtliche aus den Transatlager in das Ausland übergehenden gemischten oder ungemischten Waaren als zollfreie Durchfuhr anzusehen sind; ferner sollen bei der Ausfuhr von Getreide u. s. w. übertragbare Einfuhrvollmachten ertheilt werden mit der Maßregel, daß dem Inhaber derselben der Eingangszoll für eine gleiche Menge gleichartiger Waaren innerhalb einer bestimmten Frist nachgelassen wird. Eine gleiche Bestimmung soll in Betreff der Mühlenfabrikate (Position 25q des Zolltariffs) getroffen werden.

Abg. Lohren (Reichsp.): Die Einführung der Getreidezölle hat die Absatzverhältnisse des Ostens vollständig verschoben zum Schaden der Landwirtschaft. Dazu haben namentlich die gemischten Transatlager und die zollfreien Lager der Mühlen beigetragen. Diese Privilegien haben dahin geführt, daß die Zölle gar keine Wirkung auf die Preise des Getreides hatten. Die Gewährung baarer Ausfuhrprämien wäre allerdings finanziell bedenklich; aber es handelt sich ja nur um die Gewährung von Zollscheinen, die gesucht sein werden, weil die Einfuhr eine größere sein muß, als die Ausfuhr. Ein Ausfall für die Reichskasse kann dabei nicht entstehen. Die Bedenken der Süddeutschen gegen diese Maßregel sind grundlos, denn die süddeutsche Landwirtschaft leidet unter dem gegenwärtigen Zustande, der die Zölle wirkungslos macht; sie hat ein Interesse daran, daß ihr durch eine solche Maßregel die Concurrenz der norddeutschen Landwirtschaft vom Halse gehalten wird. Wird ein Ventil durch die Erleichterung der Ausfuhr norddeutscher landwirtschaftlicher Produkte nicht geöffnet, so muß die norddeutsche Produktion in Süddeutschland Absatz suchen und dadurch die süddeutsche Landwirtschaft schädigen. Für den Antrag haben sich die landwirtschaftlichen und Handels-Corporationen ausgesprochen. Die beabsichtigte Maßregel wird die alten Handelswege wieder eröffnen und eine gesunde Entwicklung des Verkehrs herbeiführen, sowie dem deutschen Volke eine gesicherte Zufuhr von Brodgetreide schaffen.

Abg. Richter: Man könnte im Zweifel sein, ob der Vorredner mehr für oder gegen den Antrag gesprochen hat. Der Antrag ist sehr interessant, weil er die Schutzzolltheorie vollständig zerstört. Vor allen Dingen zeigt sich, daß der Schutzzoll keine nationale Wirtschaftspolitik ist; dieser Antrag sichert nicht dem deutschen Volke seine Ernährung durch deutsches Getreide, sondern das Getreide soll recht teuer bezahlt werden, gleichgültig, ob vom Auslande oder vom Inlande aus. Auch die Ordnung der ungeregelten Einfuhr durch den Zoll ist aufgegeben; es soll nach Belieben ein- und ausgeführt werden. Von der ganzen Schutzzolltheorie bleibt nur die Vertheuerung der Produkte übrig. Von diesem Standpunkte aus könnte ich den Antrag

mit Freuden aufnehmen. Aber ich kann dies theoretische Behagen nicht als Grundlage für die Beurtheilung einer gesetzgeberischen Maßregel annehmen. Was den Müllern jetzt gestattet ist, ist etwas Anderes, als was man jetzt verlangt: der Müller muß das Getreide importiren und selbst das Mehl exportiren; wollte man etwas Ähnliches für Getreide machen, so könnte ich dem bestimmen; allein hier soll Importeur und Exporteur nicht identisch sein. Das führt zu großen Bedenken, weil Deutschland kein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist. Der Osten rechts der Elbe producirt mehr als er braucht; die Landstriche zwischen Weser und Elbe produciren ihren Verbrauch, während weiter westlich nicht einmal der Consum gedeckt werden kann. Daher kommen die verschiedenen Getreidepreise in den verschiedenen Gegendern Deutschlands. In Deutschland wird viel Rauhweizen gebaut, der wegen seiner Armut an Aleber nur in Mischung mit kleberreichem indischen und amerikanischen Weizen gebraucht werden kann; er wird exportirt, er kann in Deutschland nicht verbraucht werden. Wenn der Antrag angenommen würde, würde der Rauhweizen in noch größerem Umfange zum Export kommen, ohne daß eine Einfuhr gegenübersteände. Ich würde gegen einen Ausfall an der Einnahme aus den Getreidezöllen nichts einzuwenden haben, wenn die Höhe der Zolleinnahmen hindert vielleicht einmal deren Abschaffung. Aber es werden dadurch künstliche Verkehrsbeziehungen neugeschaffen, die bei einer Änderung der Wirtschaftspolitik wieder zerstört werden. Die Steigerung der Preise durch die Getreidezölle, die noch nicht eingetreten ist wegen der großen Vorräthe, die aber demnächst eintreten wird, wird durch diesen Antrag noch verstärkt werden. Diese Preissteigerung will ich nicht herbeiführen helfen, namentlich nicht in den östlichen Provinzen, die sich bisher besonders niedriger Preise erfreuten. Die Getreidehändler an der Ostsee sind für den Antrag, weil sie auf neue Absatzwege und also auf größeren Gewinn hoffen. Ich glaube, man überschätzt diese Wirkung. Es werden aber auch andere Handelsinteressen und Verkehrsbeziehungen zerstört. Die Müller sind Gegner des Antrages, weil sie eine Schädigung ihres Absatzes befürchten. Wie weit eine solche Befürchtung gerechtfertigt ist, kann man nicht übersehen; es fehlt an jeglichem statistischen Material. Aber warum soll denn eine solche Maßregel lediglich auf Getreide und Mehl beschränkt werden? Passen alle Gründe nicht auch auf andere Artikel: Holz, Eisen u. s. w.? (Widerspruch rechts.) Wir schaffen hier etwas Ähnliches, wie die von uns so stark bekämpften titres d'acquit in Frankreich. Andere Länder können diese Maßregel leicht als eine Exportprämie aussäßen und Retorsion üben, wenn auch nicht gerade beim Getreide, so doch bei anderen für uns wichtigeren Ausfuhrartikeln. Das Dunkel, in welches wir durch den Antrag geführt werden, ist nicht zu ergründen; deswegen kann ich mich nicht für den Antrag erklären.

Abg. Hoffmann-Königsberg (n.-l.) beantragt, den Antrag an eine Commission von 28 Mitgliedern zu verweisen. Wenn der Vorredner meint, die Annahme dieses Antrages würde im Nordosten die Voraussetzungen für die Entwicklung der Industrie und des Handels zerstören, so ist man in den Vorsteherämtern der Kauf-

mannschaften und in den landwirtschaftlichen Centralvereinen jener Gegend ganz entschieden anderer Ansicht (Gehr richtig! rechts), und man sollte doch glauben, daß diese Herren ihre Interessen verstehen. Wie sehr die Aufhebung des Identitätsnachweises ein Bedürfnis ist, zeigen die Beschlüsse der Handelsvorstände in Königsberg, Danzig, Stettin und des deutschen Handelstages, in welchem diese drei Städte nicht vertreten sind, und der mit 64 gegen 13 Stimmen dafür war. Es wird eben nur dasjenige wiederhergestellt, was früher war. So stellen es die östlichen Handelskammern und landwirtschaftlichen Vereine dar. Wir wünschen deshalb, daß die verbündeten Regierungen in den Commissionsberatungen mitwirken, um den richtigen Weg zu finden in dieser Frage. Daß man sich aber jetzt nicht gleich über alle Folgen schlüssig machen kann, ist kein Grund, diesem Antrag nicht zuzustimmen. (Beifall.)

Abg. Graf Udo Stolberg (cons.): Der dem Antrag zu Grunde liegende Gedanke ist so alt wie die Getreidezölle. Schon 1879 wollten wir den Identitätsnachweis beseitigen, fanden aber bei der Regierung und dem Reichstag nicht die nötige Unterstützung. Bei Erhöhung der Zölle 1885 hatte sich der Reichstag durch die Annahme der Resolution v. Heereman für eine Änderung des bisherigen Zustandes entschieden. Auch im vorigen Jahre wurden wieder zwei dahin gerichtete Anträge eingebracht. Ein Sprung ins Dunkle ist jede Änderung der wirtschaftlichen Gesetzgebung. Daraus folgt nur, daß man mit solchen Änderungen nur vorgehen soll, wenn eine unbedingte Nothwendigkeit dazu vorliegt. Dies ist aber nach meiner Ansicht der Fall. Die Nothlage der Landwirtschaft ist am schärfsten im östlichen und nordöstlichen Theile unseres Vaterlandes hervorgetreten. Die Getreidezölle aber, welche diesem Nothstande abhelfen sollten, haben gerade da, wo sie am nothwendigsten waren, sich am unwirksamsten erwiesen. In Königsberg wird das verzollte ausländische oder das unverzollte inländische Getreide nicht 30 Mk., sondern nur 6-7 Mk. über den Getreidepreis im Ausland bezahlt. Unser Antrag ist eine Verbindung von agrarischen und kommerziellen Interessen. Künstliche Productions- und Transportbedingungen schafft er nicht; im Gegenteil, er eröffnet dem Getreide wieder den Weg, welchen es vor der Einführung der Zölle gegangen ist. (Gehr richtig! rechts.) Eine Schädigung der Reichsfinanzen ist ausgeschlossen oder könnte höchstens beim Gerstenzoll eintreten, würde hier aber so minimal sein, daß sie nicht ins Gewicht siele. (Beifall rechts.)

Abg. Struckmann (nat.-lb.): Wir wollen die Schädigung des Ostens durch unser jetziges Zollsystem gern beseitigen, und soweit der Antrag zu diesem Zwecke die Erleichterung oder Aufhebung des Identitätsnachweises bezeichnet, habe ich gegen denselben keine Bedenken, dagegen sehr bedeutende, soweit er darüber hinausgeht. Die deutsche Landwirtschaft ist durch die Zölle gegen die Überfluthung des auswärtigen Getreides geschützt; dadurch ist aber der Preis des Getreides zu teuer geworden, um es exportieren zu können. Nun wollen die Schutzzoller wohl das Recht auf den inländischen Markt haben, aber sie wollen den ausländischen Markt noch daneben haben, und zwar auf eine künstliche Weise durch eine Exportprämie, denn darauf läuft doch der Antrag hinaus. Eine Analogie mit den

Bestimmungen für die Mühlenfabrikanten kann ich nicht anerkennen. Bei dieser handelt es sich um den Veredelungsverkehr, hier um eine Exportprämie für ein einheimisches Product. Später könnte eine bedrängte Industrie ebensolche Ansprüche machen, und wir könnten dann diese Consequenz nicht ablehnen. Mit einer näheren Prüfung in der Commission bin ich einverstanden.

Abg. Richter: Während meiner parlamentarischen Wirksamkeit sind mir so entgegengesetzte Behauptungen in derselben Frage von Vertretern derselben Partei noch nicht vorgekommen. Auch Mitglieder der conservativen Partei, die ganz den agrarischen Bestrebungen zustimmen, bekämpfen den Antrag sehr bestimmt, aber aus entgegengesetzten Gründen wie der Abg. Richter. Ich könnte ebenso entschieden einzelnen Ausführungen des Abg. Lohren, wie meines Special-collegen Richter entgegentreten. Die Frage ist schwierig und mehr technischer Natur. Die Ausfälle, welche der Abg. Richter für unsere Finanzen annimmt, befürchte ich keineswegs. Man muß berücksichtigen, daß hier die verschiedensten Interessen mitwirken; besonders haben einige Herren von der Mühlenindustrie es verstanden, die Bedeutung der Frage zu scharf zu betonen. Ich verbinde es ihnen nicht, aber sie sollten doch sich daran erinnern, daß wir alle, ihre berechtigten Forderungen anerkennend, mitgeholfen haben zur Aufhebung des Identitätsnachweises für sie im J. 1882. Gewiß liegt die Sache bei den Mühlen etwas anders, aber für den Handel um so müßiger, als seit 1882 zwei große Zoll erhöhungen beschlossen sind. Die Aufhebung des Identitätsnachweises liegt ebenso sehr im Interesse der Landwirtschaft wie des Handels; wenn der landw. Minister auf Grund der Berichte der Majorität des Centralvereins dagegen ist, so dürfte er doch nicht ganz richtig informirt sein. (Gehr richtig! rechts.) Ich bin noch heute derselben Meinung wie 1879, als der Sachverständige in dieser Frage, der frühere Minister Delbrück, mit uns die Beseitigung des Identitätsnachweises forderte. Wenn wir dies für die gemischten Transatlager verlangen und noch verlangen, so ist das keine klasse Interessenpolitik, wie eine officielle Correspondenz mir vormars, die auch im „Staatsanzeiger“ abgedruckt ist, sondern etwas, was schon unter den früheren Zöllen im absoluten Staat 1837 und 1847 dem Handel und der Landwirtschaft als selbstverständlich gewährt wurde. Wenn man das heute wieder verlangt, nachdem Sie durch hohe Zölle die natürliche Entwicklung durchbrochen haben, ist das etwas Unbilliges? Auch der Handel in den Seestädten hat das Recht, seine natürlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten, er will das liebe Leben haben. Gehr zu bedauern ist es, daß die Abg. v. Heereman und Windhorst, die uns 1885 noch zur Seite standen, jetzt Gegner geworden, hätten wir ihre Unterstützung, dann wären wir über den Berg und würden die Aufhebung des Identitätsnachweises haben, die auch vorhin der Abg. Struckmann empfohlen, die der Landwirtschaft im Osten helfen und bei der Regierung keinen Anstoss erregen könnte. Den jetzigen Antrag habe ich nicht mitunterzeichnet, schon weil die Deutschen darin vergessen sind. Weshalb, weiß ich nicht. Auch dabei stehen die Interessen einer Industrie auf dem Spiel. Der Antrag gleicht unserem früheren Antrag, er wird

keinen Widerspruch erfahren. Der Antrag 1a geht vielen zu weit. Man muß sich in der Commission Mühe geben, ihn anders zu gestalten. Bezuglich der voraussichtlichen Preisbildung stimme ich dem Abg. Richter nicht zu, welcher behauptet, für die Consumenten im Osten würde er eine Preissteigerung für die im Westen und Süden eine Preisherabminderung herbeiführen. Richtig ist, daß der Handel unseres Gutsbesitzern im Osten, die den feinen, stärkeren Weizen bauen, bessere Preise zahlen werde, weil dieser im Auslande, wohin wir ihn jetzt wegen der Zölle nicht exportieren können, einen höheren Preis erzielen wird; aber weshalb soll der Consument bei uns, der den uns nötigen kleberhaltigen russischen Weizen brauchen wird, mehr zahlen? Der Abg. Richter hat sich auch heute noch für unseren früheren Antrag heeremant-Nickert erklärt, dieser hätte aber in Bezug auf die Preisbildung im Osten genau dieselbe Wirkung. Dann müßte er auch diesen verwerfen. Hier muß man wirklich von prinzipiellen Erörterungen abssehen. Genau weiß niemand, wie sich die Dinge gestalten würden. Es handelt sich darum, den Veredelungsverkehr, den jetzt der Handel in den Geenhäfen hat, und zwar zum Vortheil der Landwirtschaft, aufrechtzuerhalten. Schaffen Sie die Möglichkeit, die Produkte des Landes dahin zu bringen, wo sie die besten Preise erzielen können, und das ist der ausländische Markt. Hoffentlich wird die Commission einen Antrag bringen, der die Bedenken des jetzigen nicht mehr hat und der die Zustimmung des Reichstags und der Bundesregierungen findet. (Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen. Unter großer Unruhe des Hauses nimmt das Schluswort der Abg. von Butthamer-Plauth (cons.), um sich gegen die Ausführungen der Abg. Richter und Struckmann zu wenden.

Der Antrag wird hierauf einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen Petitionen.

Über die Petition des Deutschen Kellnerbundes: das im Gasthaus- und Schankgewerbe beschäftigte Personal als Gewerbegehilfen anzuerkennen, beschließt das Haus zur Lagesordnung überzugehen.

Die Petition des Apotheker Kempf in Steinau wegen Einführung von Personal-Concessionen für Apotheker und schließlich Einführung der Staats- und Communalapotheke wird den verbündeten Regierungen als Material zur gesetzlichen Regelung des Apothekenwesens überwiesen, nachdem der Abg. Schumacher (soc.) im Einne der Vorschläge gesprochen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Literarisches.

○ Geographisch-statistisches Welt-Lexicon von Emil Mezger. Verlag von Felix Krais in Stuttgart. Das von uns schon früher empfohlene geographische Nachschlagebuch liegt nun bis zur 15. Lieferung vor und wird in 18 Lieferungen vollständig sein. Wir können nur wiederholen, daß das Werk seinem Namen alle Ehre macht, bringt es doch sämtliche irgendwie nennenswerten Wohnorte der Erde, sämtliche Länder, Völkerstämme, Berge, Flüsse, Seen, Meere etc. etc. in für das tägliche Bedürfnis genügender Ausführlichkeit.

○ „Die Bedeutung Rumäniens in dem bevorstehenden österreichisch-deutsch-russischen Kriege.“ Verlag von Bruns in Minden i. Westf.

Wenn gleich durch die Erklärungen des Reichskanzlers die Situation heute so geklärt ist, daß ein großer Weltkrieg in nächster Zeit nicht zu erwarten ist, so wird doch ein Werk, welches sich zum Ziele gesetzt hat, dem Publikum klar vor Augen zu führen, welche einschneidende, bedeutende Rolle Rumänien, dieser kleine aber lebenskräftige Staat, bei einem etwaigen russisch-österreichischen Kriege zu spielen berufen ist, mit Interesse gelesen werden. Der Verfasser weist darauf hin, daß

die rumänische Armee in den letzten Jahren sich bedeutend gehoben hat und heute in einer Stärke von beinahe 200 000 Mann und in wichtiger strategischer Stellung derjenigen Partei eine gewaltige Hilfe bringen wird, als deren Verbündeter es in den Weltkrieg eintritt. Auf welcher Seite nun Rumänien stehen wird, darüber dürfte wohl kein Zweifel sein.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 16. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 165 bis 172. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 122 bis 128, russischer loco ruhig, 90—100. Hafer still. Gerste still. Rüböl still, loco 46 $\frac{1}{2}$. — Spiritus matt, per Februar-März 21 $\frac{1}{2}$ Br., per März-April 21 $\frac{1}{2}$ Br., per April-Mai 21 $\frac{1}{2}$ Br., per Mai-Juni 22 Br. Kaffee matt, Umrah 2000 Sach. Petroleum ruhig, Standard white loco 7,25 Br., 7,20 Gb., per August-Dezember 7,30 Br. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 16. Februar. Zuckermarkt. Rübenrohzucker 1. Product, Basis 88 $\frac{1}{2}$ Rendem, frei an Bord Hamburg per März 14,10, per April 14,15, per November 12,65, per Dezember 12,65. Behauptet:

Hamburg, 16. Februar. Kaffee good average Santos per März 64 $\frac{1}{2}$, per Mai 63 $\frac{1}{2}$, per Septbr. 60, per Dezember 58 $\frac{1}{2}$. Matt.

Havre, 16. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 78,50, per Mai 78,50, per Aug. 75,50, per Dezbr. 72,50. Ruhig.

Bremen, 16. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.)

Flau. Standard white loco 7,00 Br. Frankfurt a. M., 16. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 215. Franzosen 173 $\frac{1}{2}$, Lombarden 63, Galizier 154 $\frac{1}{2}$, Aegyptier 75,20, 4% ungar. Goldrente 77,60, 1880er Russen — Gotthard-Bahn 112,50, Disconto-Commandit 187,90, 3% portugiesische Staatsanleihe per comptant 59,50. Still.

Wien, 16. Februar. (Schluß-Course.) Desterr. Papierrente 77,87 $\frac{1}{2}$, do. 5% do. 92,90, do. Gilberrente 78,20, 4% Goldrente 108,60, do. ungar. Goldr. 96,60, 5% Papierrente 83,05, 1854er Loos 130,25, 1860er Loos 133,75, 1864er Loos 165,75, Creditloose 176,50, ungar. Brämenloose 119,25, Creditactien 269,50, Franzosen 214,40, Lombarden 79,50, Galizier 192,00, Lemb.-Tiern. 207,50, Bardub. 146,50, Norwegebahn 152,50, Elbehafen 157,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 178,50, Böh. West. — Nordbahn 2442,50, Unionbank 190,50, Anglo-Aust. 100,25, Wiener Bankverein 82,25, ungar. Creditactien 271,50, deutsche Pläne 62,20, Londoner Wechsel 126,90, Pariser Wechsel 50,25, Amsterdamer Wechsel 105,30, Napoleons 10,04 $\frac{1}{2}$, Dukaten 5,98, Marknoten 62,20, russ. Banknoten 1,07 $\frac{1}{4}$, Gilbercoupons 100,00, Länderbank 204,50, Tramway 209,25, Tabakactien 69,90, Buschtheraderbahn —.

Amsterdam, 16. Februar. Getreidemarkt. Weizen per März 189, per Mai 101, Roggen per März 102, per Mai 101—102, per Oktober 105. Antwerpen, 16. Februar. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, Roggen ruhig. Hafer flau. Gerste unverändert.

Antwerpen, 16. Februar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Type weiß, loco 19 $\frac{1}{4}$ bei., 19 $\frac{1}{2}$ Br., per März 18 $\frac{1}{4}$ Br., per April-Juni 17 $\frac{1}{2}$ Br., per Sept. Dei. 17 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Paris, 16. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen fest, per Februar 23,90, per März 23,90, per März-Juni 24,10, per Mai-August 24,30. Roggen ruhig, per Febr. 13,90, per Mai-August 14,25. Mehl behauptet, per Februar 52,10, per März 52,30, per März-Juni 52,60, per Mai-August 52,80. Rüböl still, per Febr. 53,00, per März 52,75, per März-Juni 52,75, per Mai-August 52,75. Spiritus ruhig, per Februar 46,50, per März 46,75, per März-April 46,75, per Mai-August 46,75. Wetter: Schnee.

Paris, 16. Februar. (Schlußcourse) 3% amortisirbare Rente 85,20, 3% Rente 81,80, 4 $\frac{1}{2}$ % Anteile 106,70, Italien. 5% Rente 93,20. österreichische Goldrente 87 $\frac{1}{4}$, 4% ungar. Goldrente 77 $\frac{1}{2}$, 4% Russen de 1880 77,60, Franzosen 435,00, Lomb. Eisenbahnactien —, Lombard. Prioritäten 284,00, Convert. Türken 14,05, Türkencoole 35,25, Credit mobilier 303, 5% Spanier 67 $\frac{1}{4}$, Banque ottomane 500,62, Credit foncier 1370, 4% ungar. Aegyptier 378,43, Guei-actien 2117, Banque de Paris 743,00, Banque d'escampte 452,00, Wechsel auf London 25,25 $\frac{1}{2}$, Wechsel auf deutsche Pläne (3 M.) 123 $\frac{1}{10}$, 5% privil. türk. Obligationen 361,25, Panama-actien 255, Rio Tinto 511,25.

Paris, 16. Februar. Bankausweis. Baarvorath in Gold 1112,800 000, Baarvorath in Silber 1191,400 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 581,300 000, Notenumlauf 2758,200 000, laufende Rechnung der Privaten 368,600 000, Guthaben des Staatschafes 148,600 000, Gesamtvorrichse 266,600 000, Zins- und Discont-Erträgnisse 3850,000 Frs. Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorath 83,54.

London, 16. Februar. Bankausweis. Totalreserve 15,184 000, Noten-Umlauf 23,142 000, Baar-Vorrath 22,126 000, Portefeuille 19,276 000, Guthaben der Privaten 23,556 000, Guthaben des Staats 8,994 000, Notenreserve 13,688 000, Regierungssicherheit 16,261 000 Lit., Procentverhältnis der Reserve zu den Passiven 46 $\frac{1}{2}$ gegen 47 $\frac{1}{2}$ in der Vorwoche.

London, 16. Februar. An der Rüste angeboten 2 Weizenladungen. — Ruhig.

London, 16. Februar. Consols 102 $\frac{1}{10}$, 4% preuß. Consols 105 $\frac{1}{2}$, 5% italien. Rente 92 $\frac{1}{2}$, Lombarden 7, 5% Russen von 1871 92, 5% Russen von 1872 91 $\frac{1}{2}$, 5% Russen von 1873 91 $\frac{1}{2}$, Convert. Türken 137 $\frac{1}{2}$, 4% fundirte Amerikaner 129 $\frac{1}{2}$, Destr. Gilberrente 63, Destr. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$, 4% Spanier 67 $\frac{1}{2}$, 5% privil. Aegyptier 101 $\frac{1}{2}$, 4% unific. Aegyptier 74 $\frac{1}{2}$, 3% gar. Aegyptier 103 $\frac{1}{2}$, Ottoman-Bank 97 $\frac{1}{2}$, Guei-actien 83 $\frac{1}{2}$, Canada Pacific 59 $\frac{1}{2}$, Convertierte Amerikaner 34 $\frac{1}{2}$, Gilber. Blatzdiscont 11 $\frac{1}{2}$ Proc. Wechseldisconten: Deutsche Blätze 20,50, Wien 12,84, Paris 25,45, Petersburg 20.

Glasgow, 16. Februar. Rotheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 sh. 3 $\frac{1}{2}$ d.

Petersburg, 16. Februar. Bankausweis. Rassenbestand 45,037,305, Discontire Wechsel 27,357,313, Borsch. auf Arbeiten 69,090, do. auf öffentl. Fonds 5,792,624, do. auf Actien u. Obligationen 13,508,823, Contocurr. des Finanzministeriums 121,188,022, sonstige Contocurr. 25,896,393, verschiedene Depots 25,715,226.

New York, 15. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95, Wechsel auf London 4,84, Cable Transfers 4,86 $\frac{1}{2}$, Wechsel auf Paris 5,22 $\frac{1}{2}$, 4% fund. Anteile v. 1877 125 $\frac{1}{2}$, Erie-Bahn-Akt. 27, New-York-Central-Aktien 107 $\frac{1}{2}$, Chic.-North-Western-Akt. 107 $\frac{1}{2}$, Lake-George-Akt. 91 $\frac{1}{2}$, Centr.-Pacific-Aktien 29 $\frac{1}{2}$, North-Pacific-Preferred-Aktien 4 $\frac{1}{2}$, Louisville- und Nashville-Aktien 59 $\frac{1}{2}$, Union-Pacific-Aktien 55 $\frac{1}{2}$, Chic. Milw. u. St. Paul-Aktien 76, Reading- und Philadelphia-Aktien 68 $\frac{1}{2}$, Wabash-Preferred-Aktien 26 $\frac{1}{2}$, Canada-Pacific-Eisenbahn-Aktien 58, Illinois-Centralbahn-Aktien 116 $\frac{1}{2}$, St. Louis und St. Franc. Pres.-Aktionen 71 $\frac{1}{2}$, Erie second Bonds 87 $\frac{1}{2}$, — Waaren-Bericht. Baumwolle in New York 10 $\frac{1}{2}$, do. in New-Orleans 93 $\frac{1}{2}$, raff. Petroleum 70 % Abel Zeit in New York 7 $\frac{1}{2}$ Gb., do. in Philadelphia 7 $\frac{1}{2}$ Gb., rohes Petroleum in New York — D. 6 $\frac{1}{2}$ C., do. Pipe line Certificats — D. 88 $\frac{1}{2}$ C. — Zucker (Fair refining Muscovados) — Kaffee (Fair Rio) 16, Rio Jr. 7 low ordinary per März 12,72, do. per Mai 12,42. — Schmal (Wilcox) 7,80, do. Fairbanks 7,90, do. Rohe u. Brothers 7,85, Speck — Rüper per März 16,40. Getreidefracht 11 $\frac{1}{4}$.

New York, 16. Februar. Wechsel auf London i. G. 4,84 $\frac{1}{4}$, Roter Weizen loco 0,89, per Februar 0,88 $\frac{1}{2}$, per März 0,89, per Mai 0,91. — Mehl loco 3,15, — Mais 0,59 $\frac{1}{4}$, Fracht 1 $\frac{1}{4}$. — Zucker (Fair refining Muscovados) 41 $\frac{1}{2}$.

Productenmärkte.

Königsberg, 16. Februar. (v. Portatius u. Grethe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 119,20/46 136,50, 122 $\frac{1}{2}$ 143,50, 124 $\frac{1}{2}$ 148,25, 126,7/46 u. 128 $\frac{1}{2}$ 150,50, 129 $\frac{1}{2}$ u. 131 $\frac{1}{2}$ 154 M. bei., bunter russ. 121 $\frac{1}{2}$ 116, 122 $\frac{1}{2}$ bunt, 107, 124 $\frac{1}{2}$ 117, 125 $\frac{1}{2}$ Ausm. 113 M. bei., rother 124 $\frac{1}{2}$ 150, 129 $\frac{1}{2}$ 154, 131 $\frac{1}{2}$ 153 M. bei., Roggen per 1000 Kilogr. hochbunter 115 $\frac{1}{2}$ 91,25, 117 $\frac{1}{2}$ 93,75, 118 $\frac{1}{2}$ 92,50, 95, 120 $\frac{1}{2}$ 97,50, 98, 121 $\frac{1}{2}$ 98,75, 99,25, 122 $\frac{1}{2}$ 100,50, 125 $\frac{1}{2}$ 105, 127 $\frac{1}{2}$ 107,50 M. bei., russ. ab Bahn 112 $\frac{1}{2}$ 60,50, 113 $\frac{1}{2}$ 61,50, 118 $\frac{1}{2}$ 67, 122 $\frac{1}{2}$ 72 M. bei., — Gerste per 1000 Kilogr. 94,25, 97,100, Brau- 105,75 M. bei., kleine russ. 66, 67, 72, 74, fein 80 M. bei., — Hafer per 1000 Kilogr. 88, 92, 94, 96, 98, 100, 102 M. bei., — Erdbeer per 1000 Kilogr. 82, 83, 85, 50, 86, 87, 95, wach 68 M. bei., — grüne 100 M. bei., — Bohnen per 1000 Kilogr. 100, 106,50 M. bei., — Wicken per 1000 Kilogr. 97,75, 100, ruff. 93, 94, grün 82 M. bei., — Spiritus per 10,000 Liter % ohne Fass loco contingentirt 49 $\frac{1}{4}$ M. Gb., nicht contingentirt 29 $\frac{1}{4}$ M. Gb., per Februar contingentirt 49 M. Gb., nicht contingentirt 29 $\frac{1}{4}$ M. Gb. per Frühjahr contingentirt 51 $\frac{1}{2}$ M. Br., nicht contingentirt

32 M. Br., kurze Lieferung contingentirt 49 $\frac{1}{4}$ M. bei., Die Rostungen für russisches Getreide gelten transito. Ciettin, 16. Februar. Weizen fester, loco 157—175 M. per April-Mai 162 $\frac{1}{2}$ —163 M. per Mai-Juni 164 $\frac{1}{2}$ —165 $\frac{1}{2}$ M. per Juli-August 169—169 $\frac{1}{2}$ —168 $\frac{1}{2}$ M. — Roggen loco 105—118 M. mittel inländischer 114 M. guter inländischer 115 M. ab Bahn, per April-Mai 120 $\frac{1}{2}$ —121—120 M. per Mai-Juni 122 $\frac{1}{2}$ —123—122 M. per Juni-Juli 124 $\frac{1}{2}$ —125—124 $\frac{1}{2}$ M. per Februar 45, per April-Mai 45, — Spiritus behpt, loco ohne Fass versteuert 97,40, do. mit 50 M. Consumsteuer 48,40, do. mit 70 M. Consumsteuer 30,40, per April-Mai 99,10. — Petroleum loco verzollt 12,50.

Berlin, 16. Februar. Weizen loco 153—175 M. per April-Mai 162 $\frac{1}{2}$ —163—162 M. per Mai-Juni 164 $\frac{1}{2}$ —165 $\frac{1}{2}$ M. per Juli-August 169—169 $\frac{1}{2}$ —168 $\frac{1}{2}$ M. — Roggen loco 105—118 M. mittel inländischer 114 M. guter inländischer 115 M. ab Bahn, per April-Mai 120 $\frac{1}{2}$ —121—120 M. per Mai-Juni 122 $\frac{1}{2}$ —123—122 M. per Juni-Juli 124 $\frac{1}{2}$ —125—124 $\frac{1}{2}$ M. — Hafer loco 105—128 M. ost- und westpreußischer 110—114 M. pommer. 116—120 M. ab Bahn, per April-Mai 114 $\frac{1}{2}$ M. per Mai-Juni 116 $\frac{1}{2}$ M. per Juni-Juli 119 $\frac{1}{2}$ —118 $\frac{1}{2}$ M. — Gerste loco 100—175 M. — Mais loco 120—126 M. per April-Mai 124 M. — Kartoffelmehl per Febr. 18,25 M. per April-Mai 18,50 M. — Kartoffelmehl per Februar 18,25 M. per April-Mai 18,50 M. — Trockene Kartoffelfürke per Februar 18,25 M. per April-Mai 18,50 M. — Feuchte Kartoffelfürke per Febr. 10,60 M. — Erdbeer loco 112—119 M. Kochware 125—195 M. — Weizenmehl Nr. 0 21,00—19,00 M. Nr. 00 23,00—21,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 18,50—17,50 M. Nr. 0 und 1 16,50 bis 15,00 M. ff. Marken 18,50 M. per Februar 16,40 M. per April-Mai 16,40 M. per April-Mai 16,65—16,60 M. — Rüböl loco ohne Fass 44,6 M. per April-Mai 44,6 M. per Mai-Juni 44,8 M. per Juni-Juli 45,0 M. per Septbr. Octbr. 45,7 M. — Petroleum loco 25,1 M. — Spiritus loco ohne Fass 98,2—98,4 M. per April-Mai 98,8—98,9 M. per Mai-Juni 99,4—99,5 M. unversteuert (50 M.) loco 49,3 M. per April-Mai 50,4—50,6 M. per Mai-Juni 51,1—51,2 M. per Juni-Juli 51,9—52,1 M. per Juli-August 52,6—52,8 M. per Augst-Septbr. 53,3—53,4 M. unversteuert (70 M.) loco 31,0 M. per April-Mai 32,0 bis 32,2 M. per Mai-Juni 32,5—32,7 M. per Juni-Juli 33,2—33,4 M. per Juli-August 34,0—34,1 M. per Augst-Septbr. 34,6—34,7 M.

Magdeburg, 16. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker, excl. 92 $\frac{1}{2}$ 24,00, Kornzucker, excl. 88 % Rendem. 22,60, Nachprodukte excl. 75 $\frac{1}{2}$ Rendement 18,70. Schwach. Gem. Staffinade mit Fass. — Gem. Melis 1. mit Fass 27,50. Unverändert. Rohzucker 1. Produkt. Tranfito f. a. B. Hamburg per Febr. 14,05 Gb., 14,20 Br., per März 14,15 100, — Schmal (Wilcox) 7,80, do. Fairbanks 7,90, do. Rohe u. Brothers 7,85. Speck — Rüper per März 16,40. Getreidefracht 11 $\frac{1}{4}$.

Wolle.

Berlin, 16. Februar. (Wochenbericht.) Der weitere Verlauf der Londoner Auction ist fest, wenn auch hier und da, je nach schlechter oder guter Auswahl, die Nachfrage etwas wechselt. Das Platzgeschäft in Berlin war in der letzten Zeit nach der lebhaften Begegnung im Dezember und Januar ruhig. Die Befände an deutscher Wolle sind sehr zusammengezogen. Die Schmuwwollfaktion hat noch nicht begonnen. Die Preise deutscher Rückenwäschchen bewegen sich zwischen 135—150 M. nur ganz vereinzelt darüber.

Güsse-Liste.

Neufahrwasser, 16. Februar. Wind: GD. Gesegelt: Avance (GD), Lütschen, Randers, Kleie. — Bilbao (GD), Arkibson, Landskrona, Kleie. — Mereo (GD), Niessen, Dünkirchen, Melasse. — Libau (GD), Beck, Ropewhks, Kopenhamn, Kleie und Güter. — Sirius (GD), Lodewhks, Amsterdam, Zucker u. Güter. — Biene (GD), Jantzen, Karhus, Kleie. — Im Ankommen: GDampfer „Carl“.

Berantwortliche Redacture: für den politischen Theil und versch. Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feinzel- und literarische: G. Fischer, — den lokalen und provinzialen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Gütertheil: A. W. Kastemann, sämmtlich in Danzig.